



## Presseschau vom 24.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### **Wladislaw Sankin: Wieder Ukraine-Lügen bei der ARD – Strack-Zimmermann jongliert mit falschen Opferzahlen**

Am Mittwoch sprach die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Strack-Zimmermann in den "Tagesthemen" über die Liste der an die Ukraine gelieferten deutschen Waffen. Um die Lieferung etwa der Panzerhaubitzen zu begründen, hat sie die Zahlen ziviler Opfer des Ukraine-Krieges deutlich hochgeschraubt. ...

<https://kurz.rt.com/31es> bzw. [hier](#)

### **deu.belta.by: Interview mit dem belarussischen Botschafter in Deutschland: Dialog und Zusammenarbeit statt Sanktionen**

Deutschland ist eine der führenden Nationen in der Europäischen Union und bestimmt weitgehend deren Politik, auch in Bezug auf Belarus. Der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Republik Belarus in der Bundesrepublik Deutschland Denis Sidorenko erzählte in einem Interview mit der Telegraphenagentur BelTA über die aktuellen Trends in der Entwicklung der deutsch-belarussischen Beziehungen, darunter in Wirtschaft und Handel. ...

<https://deu.belta.by/politics/view/interview-mit-dem-belarussischen-botschafter-in-deutschland-dialog-und-zusammenarbeit-statt-sanktionen-61047-2022/>

### **Nachtrag vom 22. Juni:**

#### **Dan-news.info: Platz der DVR Nummer 1**

Die Moskauer Behörden haben einer bisher nicht benannten Fläche neben der US-Botschaft im Presnenskij-Bezirk den Namen »Platz der Donezker Volksrepublik« gegeben. Dies geht aus einer Entschließung des Bürgermeisters der russischen Hauptstadt, Sergej Sobjanin, hervor.



[https://cdn.prod.www.spiegel.de/images/755a9790-4554-4bf7-ac92-dc5903289df8\\_w948\\_r1.778\\_fpx48\\_fpy56.webp](https://cdn.prod.www.spiegel.de/images/755a9790-4554-4bf7-ac92-dc5903289df8_w948_r1.778_fpx48_fpy56.webp)

(Foto: [spiegel.de](#))

Damit erhielt die US-Botschaft eine neue offizielle Adresse: »Plòszczad Donèzkoj Naròdnoj Respúbliki«, Haus 1, Gebäude 1-9. Die alten Anschriften der Objekte wurden für ungültig erklärt.

Zuvor hatten sich viele Moskauer zu einem neuen Namen im Rahmen des Projekts »Aktiver Bürger« geäußert. Die Initiative, das Andenken an die Verteidiger des Donbass auf dem Stadtplan zu verewigen, ging von Abgeordneten der Moskauer Stadtduma aus. Dabei erhielt

die Moskauer Regierung zahlreiche unterschiedliche Vorschläge. Daraufhin wurde in einer Abstimmung die Option eines Platzes zu Ehren der Donezker Volksrepublik gewählt. Die Vereinbarung sieht vor, dass ein anderer Platz oder eine andere Straße in der Hauptstadt nach der Lugansker Volksrepublik benannt werden soll.



[https://dan-news.info/storage/c/2019/07/04/1623066880\\_812640\\_30.jpg](https://dan-news.info/storage/c/2019/07/04/1623066880_812640_30.jpg)

#### **abends/nachts:**

##### **19:43 de.rt.com: Israel und USA halten gemeinsame Militärübung ab: Bereitschaft für Militäreskalation im Norden**

Laut einem israelischen Medienbericht haben israelische und US-amerikanische Offiziere im Nahost-Land eine gemeinsame Militärübung absolviert. Das Ziel der Manöver war es demnach, sich auf eine potenzielle "Militäreskalation an Israels nördlicher Front" vorzubereiten.

Die israelische Zeitung Haaretz hat am Mittwoch von einer gemeinsamen Übung zwischen israelischen und US-amerikanischen Armeeangehörigen berichtet. Die Übung soll vergangene Woche stattgefunden haben. Nach Angaben des Blattes sei ihr Ziel gewesen, beide Länder auf eine "Militäreskalation an der nördlichen Front Israels" vorzubereiten.

Die Manöver wurden demnach von dem US-Zentralkommando (CENTCOM) und den Israelischen Verteidigungstreitkräften (IDF) beaufsichtigt. Jede Seite legte ihre Sicht über mögliche Entwicklungen und Probleme dar, mit denen die Länder konfrontiert werden könnten. Ins Gespräch kam außerdem die Zusammenarbeit im Fall einer Eskalation. Vertreter der USA und Israels koordinierten gemeinsam Aktionspläne für Geheimdienste, Luftverteidigung und logistische Unterstützung.

Diese Woche traf im Nahostland eine hochrangige militärische US-Delegation ein. Sie bestand aus mehr als 30 Offizieren, acht davon im General- oder Admiralsrang. Die Gruppe wurde vom stellvertretenden CENTCOM-Kommandanten, Vizeadmiral James Malloy, angeführt. Die IDF teilten mit, man habe die Übung durchgeführt, um gemeinsame operative Pläne anzupassen, nachdem die Verantwortung für die militärischen Beziehungen zu Israel vom Europäischen US-Kommando zum CENTCOM übergegangen seien. Das israelische Militär hatte ähnliche Übungen mit dem USEUCOM seit Jahren nicht durchgeführt. Das Augenmerk galt stattdessen nur der Koordination der Verteidigungssysteme.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b449c848fbef5df540738d.jpg>

20:00 de.rt.com: **Borrell verneint völlige Transitblockade des Kaliningrader Gebiets**

Als Litauen ein Verbot des Landtransits zwischen Kaliningrad und dem übrigen Russland verhängte, handelte es im Einklang mit den EU-Sanktionen, und von einer Blockade Kaliningrads könne keine Rede sein. Dies erklärte der Außenbeauftragte der Europäischen Union Josep Borrell.

Ihm zufolge werde der Europäische Auswärtige Dienst die Richtlinien über Sanktionsmaßnahmen überprüfen,

"... um klarzustellen, dass wir den Verkehr zwischen Kaliningrad und Russland nicht blockieren wollen, sondern nur die Umgehung von Sanktionen verhindern wollen."

Er betonte, dass es keine vollständige Blockade gebe, sondern Kontrollen bestimmter Waren im Transit, die nach Auffassung der EU sinnvollerweise durchgeführt werden sollten.

Der litauische Präsident Gitanas Nausėda erklärte seinerseits, dass die Europäische Kommission klären werde, wie die Beschränkungen für den Transit von Waren, die angeblich unter die Sanktionsregelung fallen, anzuwenden seien. Er sagte:

"Ich werde mit der Präsidentin der Europäischen Kommission zusammentreffen, um den Entwurf zu sehen, und ich denke, dass die Klarstellung so bald wie möglich veröffentlicht werden wird."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b49a4948fbef5def25792c.jpg>

20:58 de.rt.com: **Gharibaschwili: Georgien verdient EU-Kandidatenstatus mehr als die Ukraine und Moldawien**

Georgien hat den Status eines EU-Kandidaten mehr als die Ukraine oder Moldawien verdient. Dies erklärte der georgische Premierminister Irakli Gharibaschwili auf einer Regierungssitzung. Überdies überhole Georgien in einigen Bereichen sogar einige EU-Länder.

Georgien habe den EU-Kandidatenstatus mehr verdient als die Ukraine und Moldawien. Dies verkündete der Premierminister der Republik Irakli Gharibaschwili am Donnerstag. Dabei

betonte Gharibaschwili, das er auf keinen Fall jemandem in diesem Sinne um den Erfolg beneide. Das Gegenteil sei der Fall und er freue sich für die Ukrainer und Moldawier. Tiflis sei Kiew und Chisinau in allen Bereichen "zehn Köpfe voraus" und in mehreren Bereichen sogar "einigen EU-Ländern voraus". Gharibaschwili wörtlich:

"Wenn eines dieser drei Länder es verdient hat, dann waren wir es. Wir alle wissen, dass die Lage in der Welt heute eine andere ist, dass sich überall auf der Welt sehr schwierige Prozesse entwickeln. Wir müssen dies in aller Ruhe akzeptieren und die Entwicklung und Stärkung unseres Landes fortsetzen."

Der Premierminister betonte, dass Georgien den Status eines EU-Beitrittskandidaten durch seinen "30 Jahre langen Kampf für Demokratie" und die in den vergangenen Jahren von der Regierung durchgeführten Reformen verdient habe. Gharibaschwili wies auch auf den beschleunigten EU-Kandidatenstatus-Prozess der Ukraine vor dem Hintergrund des Krieges hin:

"Wenn der Status durch Krieg bestimmt wird, wollen wir keinen Krieg. Wir fordern den Status, der uns zusteht."

Am Donnerstag nahm das Europäische Parlament eine Entschließung an, wonach es die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldawien unterstützt. Darüber hinaus äußerte sich der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel zuversichtlich, dass ein EU-Gipfel diesen Ländern den Kandidatenstatus zuerkennen würde.

Am 17. Juni empfahl die Europäische Kommission bei einer Sitzung, der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau den Kandidatenstatus zu gewähren. Zudem will man Georgien "eine EU-Perspektive geben", wenn eine Reihe von Anforderungen erfüllt sind. Die Staats- und Regierungschefs der EU werden die Empfehlungen der Kommission am 23. und 24. Juni prüfen.

Georgien nimmt seit 2009 am Programm der Östlichen Partnerschaft teil, in dessen Rahmen die Zusammenarbeit der EU mit den ehemaligen Sowjetrepubliken ausgebaut werden soll. Im Jahr 2014 unterzeichnete das Land ein Assoziierungsabkommen mit der EU, dessen integraler Bestandteil das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen ist. Im Jahr 2017 wurde Staatsbürgern Georgiens das Recht gewährt, ohne Visum in Schengen-Länder zu reisen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b4ab72b480cc5efb53589c.jpg>

21:00 de,rt.com: **Philippinen wollen sich russischem Finanztransaktionssystem SPFS anschließen**

Die Philippinen erwägen, sich dem russischen System zur Übertragung von Finanznachrichten (SPFS) anzuschließen, um den Handel mit Russland fortzusetzen. Dies sagte der philippinische Botschafter in Moskau, Igor Bailen, am Donnerstag. Er erklärte: "Wir haben vom SPFS gehört und die notwendigen Informationen an Manila weitergeleitet. Wir haben jetzt ein neues Wirtschaftsteam in der Regierung, mit dem ehemaligen Leiter der

philippinischen Zentralbank, einem sehr erfahrenen Profi, als Finanzminister. Er weiß, wie wichtig dieser Vorschlag ist."

Bailen vermutet, dass die Entscheidung nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten des Landes Ende Juni getroffen wird.

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Philippinen zugleich im westlichen Analogon, dem SWIFT-System, verbleiben würden. Er erläuterte weiter, dass die Republik keine Sanktionen gegen Russland verhängt habe und nach wie vor am Handel mit dem Land interessiert sei:

"Wir müssen also ernsthaft über ein alternatives Zahlungssystem nachdenken, um den Handel mit Russland zu unterstützen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b4b267b480cc5f26138c62.jpg>

21:30 de.rt.com: **Drohende Todesstrafe für US-Söldner: Peskow kann nichts garantieren**

Russland kann in Bezug auf die im Donbass gefangen genommenen US-Bürger keine Garantien übernehmen. Dies hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow in einem Interview für das US-Fernsehen gesagt.

Russland kann nicht garantieren, dass die ehemaligen US-Soldaten, die in der Ukraine gefangen genommen wurden, nicht zum Tode verurteilt werden, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow in einem Interview mit dem Fernsehsender NBC, das am Montag ausgestrahlt wurde.

"Ich kann nichts garantieren. Es hängt von den Ermittlungen ab",

antwortete er auf die Frage, ob er garantieren könne, dass die US-Kriegsgefangenen nicht das gleiche Schicksal erleiden werden wie die Briten Aiden Aslin und Shaun Pinner und der marokkanische Staatsbürger Brahim Saadoun, die zuvor von einem Gericht in der Volksrepublik Donezk zum Tode verurteilt worden waren.

Der Daily Telegraph hatte letzte Woche berichtet, dass die beiden ehemaligen US-Soldaten Alexander Druke und Andy Huynh in der Nähe von Charkow gefangen genommen worden waren. Das US-Außenministerium erklärte am 16. Juni, es sei bereit, mit Russland über die US-Bürger zu verhandeln, die an den Kampfhandlungen in der Ukraine teilgenommen hatten. Außerdem riet es US-Amerikanern erneut dringend davon ab, in die Ukraine zu reisen.

Am 24. Februar hatte der russische Präsident Wladimir Putin eine Militäroperation gegen die Ukraine als Reaktion auf ein Hilfsersuchen der Führer der Donbass-Republiken eingeleitet.

Der Westen reagierte auf die russische Entscheidung mit der Verhängung umfassender Sanktionen gegen das Land und verstärkte die Waffenlieferungen an Kiew.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b4aff0b480cc5e1b22e32f.png>  
*Alexander Drueke spricht nach seiner Gefangennahme am 17. Juni mit RT*

22:00 de.rt.com: **Kadyrow-Berater: Einnahme von Lissitschansk wird zu vollständiger Befreiung der LVR führen**

Die Befreiung von Lissitschansk und der angrenzenden Gebiete werde zur vollständigen Befreiung der Volksrepublik Lugansk führen. Dies erklärte Ahti Alaudinow, ein Berater des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. Weiter hieß es:

"Wir erobern jeden Tag mehr und mehr Territorium von ihnen zurück, und wenn das in den nächsten Tagen so weitergeht, können wir wahrscheinlich die vollständige Befreiung der Volksrepublik Lugansk verkünden und weiter in die Volksrepublik Donezk vordringen, um sie im gleichen Tempo zu befreien."

Zuvor hatte der tschetschenische Chef Ramsan Kadyrow mitgeteilt, dass die russischen Streitkräfte erfolgreich in Richtung Sewjerodonezk und Lissitschansk vorrücken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b4b8c948fbef7f7c647e39.jpg>  
*Kämpfer tschetschenischer Spezialeinheiten in Lissitschansk*

22:35 de.rt.com: **Lawrow: Russland bereit zum Dialog mit der Ukraine in Weißrussland**

Russland sei zu Friedensgesprächen mit der Ukraine in Weißrussland bereit. Dies hat der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag erklärt. Er sagte:

"Es ist uns eine große Freude, die Einladung des weißrussischen Präsidenten zu einem Treffen auf weißrussischem Territorium anzunehmen."

Moskau, so betonte Lawrow, werde nichts von sich aus anbieten, da "alles schon längst

angeboten worden ist". Der Ball liege nun bei Kiew, fügte der russische Außenminister hinzu. Am 18. Juni erklärte der Leiter der ukrainischen Delegation, Dawid Arachamija, dass die ukrainische Seite die Gespräche mit Russland Ende August wieder aufnehmen könnte. Seiner Meinung nach sollte sich die Situation zu diesem Zeitpunkt drastisch ändern, da Kiew dann aus einer Position der Stärke sprechen kann.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b4c9d248fbef7d0370bf77.jpg>

**vormittags:**

6:15 de.rt.com: **NATO verweigert russischen Journalisten die Akkreditierung**

Wie "RIA Nowosti" meldet, hat die NATO die Akkreditierung russischer Journalisten beim kommende Woche stattfindenden Gipfeltreffen der NATO-Mitglieder ohne Angabe von Gründen verweigert.

Die NATO-Akkreditierungsabteilung hat sich ohne Angabe von Gründen geweigert, Reportern von RIA Nowosti eine Akkreditierung für die Berichterstattung über den Gipfel des Bündnisses in Madrid nächste Woche zu erteilen.

"Ich schreibe Ihnen, um Ihnen mitzuteilen, dass wir Ihnen keine Akkreditierung für den NATO-Gipfel in Madrid gewähren können. Wir entschuldigen uns aufrichtig. Wir können jedoch nicht über die Gründe für diese Entscheidung sprechen, die endgültig ist und nicht mehr revidiert werden kann",

heißt es laut dem Bericht der russischen Presseagentur in dem Schreiben der Organisation. Beim Ausfüllen des Akkreditierungsformulars mussten alle Journalisten bestätigen, dass die Organisatoren das Recht haben, die Akkreditierung ohne Angabe von Gründen zu verweigern. Der NATO-Gipfel findet vom 28. bis 30. Juni in Madrid statt. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 19. Juni, dass Russland nicht länger ein Partner des Bündnisses sei, sondern "eine Bedrohung für Frieden und Stabilität" darstelle. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Staats- und Regierungschefs der NATO im Verlauf des Gipfeltreffens eine Entscheidung über die Stationierung zusätzlicher Streitkräfte in Europa bekannt geben werden.

Nach Beginn der russischen Militäroperation zur Entmilitarisierung der Ukraine hat der Westen Sanktionen gegen russische Medien verhängt und insbesondere Ressourcen der Agentur Sputnik und des Fernsehsenders RT blockiert. Die Seiten dieser Medien sind für europäische Nutzer der Suchmaschine Google nicht zugänglich, und ihre Kanäle auf YouTube und den Meta-Plattformen wurden zensiert. Lokale Journalisten, die mit diesen Medien zusammenarbeiten, wurden als "mit der russischen Regierung verbundene Medien" bezeichnet.

Die Pressestelle der NATO wollte auf Anfrage von RT DE die Verweigerung der Akkreditierung nicht kommentieren. Es handele sich dabei stets um Einzelfallentscheidungen,

die von der Akkreditierungsstelle "auf individueller Basis" getroffen würden. Deshalb ist derzeit unklar, ob weitere russische Journalisten sich um die Akkreditierung beim NATO-Gipfel bemüht hatten und ob sie allen russischen Journalisten oder nur den Reportern von RIA Nowosti verweigert wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b48636b480cc20cb4295b3.jpg>

*Beflaggung zum NATO-Gipfel in Madrid*

#### 6:30 de.rt.com: **Russlands Außenamt: Griechenland nicht mehr sicher für russische Bürger**

Griechenland soll für russische Bürger kein sicheres Urlaubsziel mehr sein. Dies hat das russische Außenministerium erklärt und damit begründet, dass das Ressort weiterhin Berichte über Diskriminierung und Aggression gegen Russen erhalte.

In Griechenland sollen immer mehr Fälle von Diskriminierung und Aggression gegen Russen registriert werden. Dies hat der Direktor der Vierten Europäischen Abteilung des russischen Außenministeriums, Juri Pilipson, in einem Interview mitgeteilt. Daher sei das Land für russische Bürger nicht mehr sicher, sagte er. Und weiter:

"Es gab Fälle von Prügelattacken, auch auf Kinder, und die Opfer mussten nach den Angriffen im Krankenhaus behandelt werden. Griechische Banken legen die illegalen restriktiven Maßnahmen der Europäischen Union oft frei aus und sperren die Konten von Russen aus nationalen Gründen."

Pilipson argumentierte, dass die russische diplomatische Vertretung in Griechenland täglich Beschwerden von Russen wegen der Verletzung ihrer Rechte und Interessen erhalte und die Informationen an russische Strafverfolgungsbehörden weiterleite. Laut Pilipson seien aufgrund der Verkleinerung der diplomatischen Vertretung die Möglichkeiten der konsularischen Unterstützung stark eingeschränkt, und offizielle Anfragen blieben oft unbeantwortet. Vor diesem Hintergrund werden die Russen aufgefordert, sich auch an die lokalen Strafverfolgungsbehörden zu wenden:

"Den Bürgern wird empfohlen, Vorfälle bei den zuständigen griechischen Behörden zu melden, damit die Täter vor Gericht gestellt werden können."

Dem Diplomaten zufolge seien die Diskriminierungen und Aggressionen auf die "unablässige antirussische Rhetorik griechischer Beamter und die Verbreitung von Fehlinformationen über die Ereignisse in der Ukraine in den lokalen Medien" zurückzuführen. Die ungeheuerlichsten Vorfälle seien im Bericht des Ministeriums "Über die Verletzung der Rechte russischer Bürger und Landsleute im Ausland" aufgeführt, so Pilipson weiter.

Die russische Botschaft in Athen dränge ihrerseits die griechische Seite, dafür zu sorgen, dass das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1965 nicht verletzt wird. "Wir werden uns weiterhin um die Russen kümmern und ihnen helfen", hieß es.

Nach dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine hatte sich Griechenland als EU-Mitglied den Sanktionen gegen Russland angeschlossen. Das Land sperrte, wie andere

EU-Staaten, seinen Luftraum für russische Flugzeuge. Griechenland unterstützt die Ukraine auch militärisch: Anfang Juni berichtete Athen, dass man eine "unglaubliche Menge" an Waffen nach Kiew geliefert habe, darunter Schützenpanzer, tragbare Flugabwehrraketensysteme und Munition.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b467f148fbef5df54073bc.jpg>

**7:00 de.rt.com: LVR: Ukrainische Streitkräfte beschießen bewohnte Gebiete der Republik mit Totschka-U-Raketen**

Die Streitkräfte der Ukraine sollen am Freitag drei Totschka-U-Raketen auf bewohnte Gebiete in der Volksrepublik Lugansk (LVR) abgefeuert haben. Dies meldet die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes.

Demnach haben die ukrainischen Streitkräfte Stachanow, Brjanka und Teplitschnoje ins Visier genommen. Das Feuer kam aus der Richtung von Bachmut.

In den letzten Tagen hat das ukrainische Militär Berichten zufolge fast täglich Totschka-U-Raketen auf Gebiete in der Volksrepublik Lugansk abgefeuert.

**8:05 de.rt.com: Ungarn warnt EU vor gefährlichen Folgen der Sanktionen gegen Russland**

Die Europäische Union sollte die Verhängung von Sanktionen gegen Russland wegen der Sonderoperation in der Ukraine einstellen und sich stattdessen auf einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen konzentrieren. Darauf wies Balázs Orbán, politischer Berater des ungarischen Ministerpräsidenten, gegenüber Reuters hin.

Er stellte fest, je mehr Sanktionen die EU verhängt, desto mehr schade dies dem gesamten Block. Die EU werde aufgrund wirtschaftlicher Probleme als "Verlierer" dastehen.

Der Berater des ungarischen Premierministers sagte, die EU sei an einem Punkt angelangt, an dem klar werde, dass die Fortsetzung der derzeitigen Strategie "schlecht für Europa enden wird". Er betonte:

"Wir müssen uns also etwas einfallen lassen. Verhandlungen, Waffenstillstand, Frieden, Diplomatie. Das ist unsere Lösung."

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 24.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

47 Mann;

6 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

**3 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 3 Raketen mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Stachanow, Brjanka und Teplitschnoje abgefeuert.**

Informationen über Schäden und Verletzte werden noch ermittelt.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe.

So hat die Volksmiliz der LVR gestern gemeinsam mit einem Abgeordneten des Volkssowjets humanitäre Hilfe für Bedürftige Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

Außerdem hat gestern die Gesamtrussische Volksfront humanitäre Hilfe für Soldaten der Volksmiliz der LVR an den Frontpositionen geliefert.

Einheiten der Volksmiliz der LVR setzten die Maßnahmen zur Evakuierung der friedlichen Bevölkerung aus der Kampfzone in sichere Bezirke der Republik fort.

#### 8:35 de.rt.com: **Washington: Liefern Waffen an Kiew abhängig von der Situation auf dem Schlachtfeld**

Die USA passen ihre Militärhilfe für die Ukraine den Gegebenheiten auf dem Schlachtfeld an. Das verkündete der Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrats John Kirby auf die Frage, warum US-Präsident Joe Biden sich weigert, der Ukraine bestimmte Waffen zu liefern. Auf einer Pressekonferenz sagte er:

"Wir arbeiten täglich mit der Ukraine zusammen, um herauszufinden, welche Lücken in ihren Verteidigungsfähigkeiten bestehen und welche Bedürfnisse sie haben. Der Grund dafür ist, dass wir einen Bezug zu den Geschehnissen auf dem Schlachtfeld herstellen wollen."

Der NSC-Koordinator erläuterte, dass es sich anfangs eher um Panzer- und Flugabwehrsysteme vom Typ Javelin oder Stinger gehandelt habe. Im Verlauf der Entwicklungen hätten die USA jedoch mit der Lieferung von Artillerie und der Ausbildung ukrainischer Soldaten im Umgang damit begonnen. Kirby fügte hinzu:

"Je nachdem, wie sich der Krieg entwickelt, entwickeln sich auch die Bedürfnisse und unser Beitrag."

Er behauptete, die USA würden Handlungen vermeiden, die zu einer Eskalation führen könnten. Russland sei für die Situation verantwortlich, so Kirby.

Reuters hatte zuvor berichtet, dass die USA ein Geschäft über den Verkauf von MQ-1C Gray Eagle-Drohnen an die Ukraine ausgesetzt hätten, da Washington befürchte, dass die Ausrüstung in die Hände russischer Spezialisten fallen könne. Dies könne "eine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen", so die Agentur.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b53f22b480cc5414256043.jpg>  
g

John Kirby

8:50 de.rt.com: **Kiews Behörden im Gebiet Lugansk melden Rückzug der ukrainischen Streitkräfte aus Sewerodonezk**

Die ukrainischen Truppen wurden angewiesen, die Stadt Sewerodonezk zu verlassen, teilte der Leiter der ukrainisch kontrollierten Gebietsverwaltung Lugansk Sergei Gaidai am Freitag dem ukrainischen Fernsehsender Dom mit. Sewerodonezk ist das Verwaltungszentrum des von Kiew kontrollierten Teils des Gebietes Lugansk.

Auf die Frage, ob die ukrainische Seite Sewerodonezk aufgeben müsse, antwortete Gaidai: "Leider ja.

Eine solche Entscheidung ist getroffen worden.

Sowohl die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte als auch die der Nationalgarde haben bereits den Befehl erhalten, sich in neue Stellungen, in neue befestigte Gebiete zurückzuziehen."

9:15 de.rt.com: **Ukrainisierung der Gebiete Cherson und Saporoschje ist gescheitert**

Oleg Krjutschkow, der Berater des Oberhauptes der Krim für Informationspolitik, hat erklärt, dass die Politik einer Ukrainisierung der Bevölkerung in den Gebieten Cherson und Saporoschje gescheitert sei. Er sagte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Auf den Straßen von Städten und Dörfern in den befreiten Gebieten ist kaum ukrainische Sprache zu hören. Höchstens spricht man [Surschik](#). Alle sprechen russisch. Die dreißigjährige Zwangsu Ukrainisierung der Regionen ist gescheitert."

Krjutschkow betonte, dass das Verwaltungs- und Bildungssystem in den Gebieten zur russischen Sprache zurückkehren werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b548f348fbef026b1c7401.jpg>

*Ein junger Mann mit einer russischen Flagge im Gebiet Cherson*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.6.22 um 10:00 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 250 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und BM-21 „Grad“ sowie Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm abgefeuert.**

**Die Gebiete von 9 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss starben 2 Zivilisten, leider starb das 6jährige Mädchen, das beim Beschuss von**

**Makejewka am 21. Juni verletzt worden war, außerdem wurden 7 Menschen verletzt. 31 Wohnhäuser, 9 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.**

**Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 2 Lastwagen. 3 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka, Krasnogorowka und Perwomajskoje wurden beseitigt.**

#### 9:32 de.rt.com: **Russland: Missglückte Notlandung eines Militärtransporters – mehrere Besatzungsmitglieder tot**

Eine Maschine vom Typ Iljuschin Il-76 musste in der Nähe der russischen Stadt Rjasan offenbar eine Notlandung versuchen, brach dabei jedoch auseinander. Mehrere Besatzungsmitglieder kamen nach offiziellen Angaben ums Leben. Das Transportflugzeug des russischen Militärs absolvierte laut Behördenangaben einen Trainingsflug.

Bei einer offenbar missglückten Notlandung eines Transportflugzeugs in der Nähe der Stadt Rjasan in Zentralrussland – etwa 200 Kilometer südöstlich von Moskau – sollen mehrere Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen sein.

Mehrere Bilder und Videos, die in den sozialen Medien kursieren, deuten darauf hin, dass es sich bei der Maschine um eine Iljuschin Il-76 handelte.

Wie die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf das russische Verteidigungsministerium [meldet](#), habe eine Triebwerksstörung während eines Trainingsflugs ohne Fracht die Besatzung dazu gezwungen, eine "Notlandung auf unwegsamem Gelände" anzustreben. Den Angaben zufolge wurde das Flugzeug beim Aufsetzen auf dem Erdboden "teilweise" zerlegt.

Ersten Berichten zufolge befanden sich neun oder zehn Personen an Bord. Zunächst hieß es in den Berichten russischer Medien, dass mindestens zwei Besatzungsmitglieder ums Leben kamen, während sechs Überlebende in örtliche Krankenhäuser eingeliefert worden seien.

Wenig später erklärten russische Behörden, dass vier Menschen ums Leben gekommen sind. Laut einem Bericht der Nachrichtagentur RIA Nowosti teilte die Regionalregierung mit: "Nach vorläufigen Informationen starben vier Menschen beim Aufprall des Flugzeugs in der Nähe der Michailowskoje-Autobahn in der Stadt Rjasan. Fünf weitere befinden sich mit unterschiedlich schweren Verletzungen in medizinischen Einrichtungen in der Stadt Rjasan. Sie erhalten die notwendige medizinische Hilfe."

Es gab keine Berichte über Verletzte oder Schäden an jeglicher Infrastruktur am Boden, da das Flugzeug offenbar auf einem Feld nahe der Autobahn aufsetzen sollte.

Die Maschine geriet nach dem Aufprall in [Brand](#), doch das Feuer konnte schnell unter Kontrolle gebracht werden, da zahlreiche Feuerwehrkräfte an der Absturzstelle im Einsatz waren.

Unbestätigten Berichten zufolge habe der Militärtransporter unmittelbar nach dem Start in Rjasan notlanden müssen und hätte sofort Feuer gefangen. Die Maschine sei in Rjasan demnach nur zum Auftanken zwischengelandet und solle eigentlich auf dem Weg von der Stadt Orenburg nahe der Grenze zu Kasachstan in die an der ukrainischen Grenze gelegene Stadt Belgorod gewesen sein. Doch diese Meldungen in einigen Telegram-Kanälen haben russische Behörden nicht bestätigt. RIA Nowosti berichtet unter Berufung auf die offiziellen Angaben, dass nach "operativen Informationen, die demnach noch geklärt werden sollen", das Flugzeug nicht aus der Region Orenburg stammt.

Der Telegram-Kanal Baza meldete, dass eines der Triebwerke des Flugzeugs in Brand geraten war, bevor die Maschine die Notlandung unternahm.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b55cbdb480cc6fbf4dbe14.jpg>

**9:40 de.rt.com: USA führen Antidumpingzölle auf Stickstoffdünger aus Russland ein**

Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, Antidumpingzölle auf Stickstoffdünger aus Russland zu erheben und begründen dies mit "Moskaus Lieferung von Ammoniumnitrat zu reduzierten Preisen", wie aus einem im Federal Register veröffentlichten Entwurf hervorgeht. Zu diesem Schritt kam das US-Handelsministerium auf der Grundlage einer Analyse der Lieferungen von April 2020 bis März 2021. In einem Dokument, in dem auch Berechnungen der Dumpingdifferenz durch große russische Düngemittelhersteller und -lieferanten angeführt werden, heißt es:

"Wir werden die Zollbehörde anweisen, eine Barkaution in Höhe der Differenz zwischen dem Ausfuhrpreis und dem US-Preis zu verlangen."

**10:05 de.rt.com: Gefangener ukrainischer Soldat berichtet über Kiews Pläne für Terroranschlag in Cherson**

Alexandr Timko, ein in russischer Gefangenschaft befindlicher ukrainischer Stabsfeldwebel, erklärte gegenüber [RIA Nowosti](#), er habe von seinem Kommandeur den Befehl erhalten, einen Terroranschlag in einem Hotel in Cherson zu verüben, in dem Vertriebene aus anderen Gebieten der Ukraine untergebracht waren.

Timko, Führer des Zuges A1978 in der 55. Artilleriebrigade der ukrainischen Armee, sagte, der Befehl sei ihm von Oberstleutnant Alexandr Kolesow erteilt worden. Russische Sicherheitskräfte hatten eine Untergrundgruppe von Kämpfern unter dem Kommando eines Stabsfeldwebels identifiziert und festgenommen. Der Festgenommene erklärte:

"Ich habe einen Befehl erhalten, der besagte, dass im Hotel Dilischans russische Soldaten wohnten, und mir wurde angeordnet, ihre Beseitigung vorzunehmen. Ich sollte für Aufruhr sorgen und einen Terroranschlag verüben. Ich beschloss, mich ein wenig umzuschauen, ging die Straße entlang, beobachtete den Verkehr, die Leute und das Geschehen im Hotel."

Nach Angaben des Soldaten gelang es ihm, die Namen der Gäste und eine Möglichkeit zum Einchecken herauszufinden. Das Hotel schien hauptsächlich von vertriebenen ukrainischen Bürgern bewohnt zu sein, die aus Nikolajew, Kriwoi Rog und anderen ukrainisch kontrollierten Städten geflohen waren.

**10:11 de.rt.com: Spionageverdacht: Tesla-Autos dürfen nicht beim Berliner LKA parken**

Ein internes Schreiben des Berliner LKA fordert ein Parkverbot für Tesla-Pkws auf dem Gelände der Behörde. Grund sei die theoretische Möglichkeit, dass die Kamerasysteme der Autos Polizei-Dienststellen ausspionieren könnten. Ausgangspunkt war ein Fernsehbeitrag im ZDF.

In einem internen Rundschreiben informiert das Berliner Landeskriminalamt (LKA) seine Mitarbeiter über die Beweggründe der Anordnung. Demnach hätte ein Fernsehbeitrag des

ZDF vom 5. Januar die Behörde für die Thematik sensibilisiert. Die Sendung trägt den Titel "[Geheimagent Tesla – Wie das Kultauto Daten sammelt](#)".

Der Inhalt des Rundschreibens wurde der Bild-Zeitung [zugespielt](#). In dem ZDF-Beitrag wird [dargestellt](#), dass sämtliche Tesla-Automodelle "permanent ereignisunabhängige Videoaufzeichnungen des gesamten Fahrzeugumfeldes" anfertigen würden. Des Weiteren heißt es in dem Schreiben:

"Diese Aufnahmen (der Tesla-Kameras) werden auf im Ausland (Niederlande) befindlichen Servern der Firma Tesla dauerhaft gespeichert."

Aufgrund dieser Erkenntnisse warnt das LKA nun davor, dass "Tesla-Fahrzeuge Polizeidienststellen ausspionieren könnten". Die Aufforderung laute daher:

"Die übrigen Dienststellen sollen jetzt selbst prüfen, inwieweit sie Tesla-Fahrzeuge auf ihre Gelände oder in Objekte fahren lassen können."

Schon im August des Vorjahres [berichtete](#) das ZDF-Magazin Frontal über das Problem, im damaligen Falle jedoch mit möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Nutzer von Tesla-Modellen selbst:

"Tesla-Autos können Videos und detaillierte Fahrdaten aufnehmen, speichern und an die Firmenzentrale senden. Die Daten gibt Tesla auch an Behörden weiter – mit Folgen für die Fahrer."

Wie die aufgezeichneten Tesla-Daten – sogar auch die der [installierten](#) Mikrophone – in den Niederlanden weiterverarbeitet werden, könnten die Nutzer eines Tesla demnach jedoch nicht erfahren, da das "nicht nachvollziehbar" sei. Nur der Hersteller selbst dieser Elektroautos weiß derzeit, welche [Daten](#) tatsächlich er auf dem Firmenserver landen und wie er sie verarbeiten lässt. Zumindest können die Daten anscheinend verschiedentlich "problemlos" angefordert werden. Das Unternehmen entscheide dabei über die Freigabe.

Bezüglich des Berliner Landeskriminalamts bestätigte eine Sprecherin der Polizei dem Springer-Blatter Bild die Existenz des erwähnten Schreibens. Die Rundnachricht wurde demnach "am Mittwoch an alle Polizei-Dienststellen gesendet".

Das Verbot einer Einfahrt auf das jeweilige Gelände gilt laut „Bild“ vorerst nur für das Berliner Polizeipräsidium und die Liegenschaften des LKA.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b55d84b480cc6fbf4dbe1a.jpg>

11:16 (10:16) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Über 800 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine ergaben sich in der Gegend von Gorskoje und Solotoje**

In den vergangenen zwei Tagen hat die ukrainische Armee mehr als tausend Tote und Verwundete verloren.

Während der Befreiung der Siedlungen Gorskoje und Solotoje ergaben sich mehr als 800 ukrainische Kämpfer den alliierten Streitkräften der LVR und der Russischen Föderation. Dies meldete TASS unter Berufung auf eine Quelle in der Nähe von Strafverfolgungsbehörden. Es wird darauf hingewiesen, dass die ukrainischen Truppen während der Kämpfe um diese Städte in den letzten zwei Tagen mehr als 1.000 Mann ihres Militärs verloren haben.



[https://novorosinform.org/content/images/75/02/47502\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/75/02/47502_720x405.jpg)

10:55 de.rt.com: **Streitkräfte der Volksrepublik Lugansk nehmen Gorskoje und Solotoje ein**

Kräfte der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk und der russischen Streitkräfte sollen die Siedlungen Gorskoje und Solotoje unter ihre Kontrolle gebracht haben. Dies verkündete Andrei Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk, am Freitag. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Die ukrainische Gruppierung im Kessel von Gorskoje-Solotoje ist aufgelöst worden. Alle Siedlungen sind unter unserer Kontrolle."

Am Donnerstagabend meldete die LVR, dass die alliierten Streitkräfte vier der fünf Bezirke, in die die Stadt Solotoje unterteilt ist, kontrollieren und begonnen haben, in Letztere sowie in Gorskoje einzudringen.

11:14 de.rt.com: **BRICS-Staaten drängen auf nukleare Abrüstung**

Am Donnerstag hat das 14. Gipfeltreffen der BRICS-Staaten stattgefunden. Einer der Punkte auf dem Programm des Zusammenkommens war die weltweite nukleare Abrüstung. In einem entsprechenden Dokument verkündeten die Staaten ihr Engagement für eine atomwaffenfreie Welt.

Die BRICS-Staaten fordern in einer am Donnerstag verabschiedeten gemeinsamen Erklärung eine atomwaffenfreie Welt. Aus der Stellungnahme geht hervor:

"Wir bekräftigen unser Engagement für eine atomwaffenfreie Welt und betonen unser starkes Engagement für die nukleare Abrüstung und unsere Unterstützung für die Arbeit zu diesem Thema während der Sitzung der Abrüstungskonferenz im Jahr 2022."

Die Gruppe lobt auch die gemeinsame Erklärung der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats China, Frankreich, Russland, Großbritannien und der USA, in der bekräftigt wird, dass ein "Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf". Die großen Atommächte hätten in diesem Jahr ein seltenes Zeichen der Einigkeit gesetzt. Darüber hinaus spricht sich die BRICS-Resolution für Verhandlungen in bilateralen und multilateralen Formaten aus, um alle Fragen im Zusammenhang mit der koreanischen Halbinsel zu lösen, einschließlich ihrer "vollständigen Denuklearisierung". Die Gruppe drängt auch darauf, "die Atomfrage Irans mit friedlichen und diplomatischen Mitteln zu lösen". Der BRICS-Block, bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, war zu seinem 14. Gipfeltreffen zusammengekommen, das von China per Videolink ausgerichtet wurde. Peking hat derzeit die rotierende Präsidentschaft innerhalb der Gruppe inne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b572f5b480cc59940bc377.jpg>

*Der russische Präsident Wladimir Putin nimmt per Videokonferenz am 14. BRICS-Gipfel teil*

12:15 (11:15) deu.belta.by: **Lawrow: Lügen ist Markenzeichen des ukrainischen Regimes**  
Lügen ist zu einem Markenzeichen des ukrainischen Regimes geworden. Das sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Interview mit dem Staatssender „Belarus 1.“

„Ich bin überhaupt nicht überrascht, dass Lügen zu einem Markenzeichen des ukrainischen Regimes geworden ist. So war es unter Poroschenko, so ist es auch unter Selenskyj. Neulich erklärte er mit gerunzelter Stirn, gekleidet in ein Military-T-Shirt, dass Berichte, wonach die ukrainischen Streitkräfte Städte in Donbass bombardieren, falsch seien. Obwohl selbst die westliche Presse, die die ukrainischen Neonazis in jeder Hinsicht verteidigt, bereits zugegeben hat, dass solche Berichte gefälscht sind. In der Tat weiß jeder sehr gut, wie Donezk bombardiert wird“, sagte der Außenminister.

Sergej Lawrow bemerkte, nicht das tagtägliche Lügen aus Kiew überrasche ihn, sondern die Art und Weise, wie Kiews Schirmherren dieses Lügenspiel unterstützten: „Sie schirmen es ohne jeden Grund ab.“

Sergej Lawrow erinnerte daran, dass der Westen seit einem Jahrzehnt von der Ukraine verlangt, sich zwischen Russland und Europa zu entscheiden. „Minister, Beamte und Regierungsmitglieder sagten dies unmittelbar vor jeder Wahl in der Ukraine. Dann haben sie gelogen, als sie das Abkommen mit Janukowitsch garantierten, das von der Opposition zerrissen wurde. Sie haben gelogen, als sie die Minsker Vereinbarungen garantierten, auf die sie sehr stolz waren - Deutschland und Frankreich“, sagte Lawrow. „Und als wir sie jeden Monat dazu aufforderten, auf die ungeheuerlichen Taten Kiews zu schauen, das öffentlich und offiziell sich weigerte, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, gingen die EU-Politiker wieder in den Schatten und forderten uns auf, die Position des ukrainischen Staates zu verstehen. Das liegt in der Natur unserer europäischen Partner. Das wissen wir jetzt sehr gut. Es wurde alles vom Fuß auf den Kopf gestellt.“



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000020\\_1656062207\\_61046\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1656062207_61046_big.jpg)

11:20 de.rt.com: **Bericht: Selenskij plant Entlassung des Chefs des Sicherheitsdienstes der Ukraine**

Die Zeitung Politico berichtet, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die Entlassung des Chefs des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) Iwan Bakanow plane. Gründe dafür seien Bakanows Mangel an Professionalismus sowie die Tatsache, dass mehrere hochrangige SBU-Beamte nach dem Beginn des russischen Militäreinsatzes ihre Posten verlassen hätten.

Selenskij's Kindheitsfreund und ehemaliger Wahlstabsleiter Bakanow leitete die SBU ab 2019. Die Quellen von Politico kritisierten ihn für mangelnde Kompetenz beim Krisenmanagement im Zusammenhang mit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine.

Die SBU beschäftigt nach Angaben der Zeitung mehr als 30.000 Mitarbeiter, etwa siebenmal mehr als der britische Inlandsgeheimdienst MI5 und fast so viele wie das US-amerikanische FBI. Wegen Vorwürfen von Korruption und Machtmissbrauch steht der SBU seit Jahren in der Kritik.

11:39 de.rt.com: **Landblockade Kaliningrads durch Litauen: Estland fordert NATO-Sicherheitsgarantien**

Russlands Ostseeflotte führt nach einer Übung im Baltikum eine weitere im Finnischen Meerbusen durch: Beide sind als Warnung an Vilnius zu verstehen, das die Landroute zu Kaliningrad sperrt – angesprochen fühlt sich stattdessen Tallinn, und das vielleicht nicht grundlos.

**Russische Manöver, litauische Blockade, ...**

Russland kündigte am Dienstag an, dass Schiffe seiner Baltischen Flotte groß angelegte Manöver im Finnischen Meerbusen durchführen werden, darunter Minenlegen, Artilleriebeschuss und U-Boot-Abwehrübungen, wie die Nachrichtenagentur Interfax und weitere russische Medien berichteten. Diese Manöver fallen mit der Verlegung dreier Schiffe zusammen: Die leichten Zerstörer Urengoi und Kasanez sowie das Marineschulschiff Perekop des Leningrader Stützpunktes der Ostseeflotte liefen am 21. Juni aus Baltijsk in Richtung Kronstadt aus. Unterwegs sind sie zu einer Such- und Stoßgruppe gestoßen und sollen als deren Teil Kommunikations- sowie U-Boot-Suchübungen ausführen. Daneben sollen nicht zuletzt auch Übungen der Seeverminung und Übungsschießen stattfinden. Doch dieses Schiffsmanöver [findet beziehungsweise fand](#) im unmittelbaren Anschluss an eine deutlich größer angelegte zehntägige Übung der russischen Ostseeflotte in der Ostsee und den

Übungsgeländen im Gebiet Kaliningrad statt: Diese lief vom 9. bis zum 19. Juni und umfasste sage und schreibe 60 Kriegs- und Versorgungsschiffe und Schnellboote sowie 45 Luftfahrzeuge, 2.000 Landfahrzeuge und an die 10.000 Mann Militärpersonal. Trainiert wurde dabei unter anderem die Luft- und [Raketenabwehr](#) mit Lenkwaffen und Artillerie, Lenkwaffenschießen auf Seeziele, Schießen der Seeartillerie, U-Boot-Suche und -Abwehr sowie Seeverminung und -entminung. [Erklärtes Ziel](#) des Manövers war es, den Schutz von Logistikverbindungen zur See zu üben.

Gerade dieser Punkt sollte den drei baltischen Ostseestaaten Estland, Lettland und Litauen zu denken geben – vor allem aber Litauen: Auch wenn Vilnius seine völkerrechtswidrige und illegitime Blockade der Überland-Transitrouten zwischen Russland und dessen Exklave Kaliningrad erst am 18. Juni und damit einen Tag vor Schluss der größeren der beiden genannten Übungen verhängte, hatte es sich bereits weitaus früher mit dieser Idee hervorgetan – kurz nach Beginn von Russlands Intervention in den Ukraine-Krieg am 24. Februar 2022. Somit sind von russischen Manövern in der Ostseeregion mindestens all diejenigen, die den Schutz von Logistikrouten aller Art zum erklärten Übungsziel haben, als Warnung zu verstehen – an Litauen, aber auch alle anderen Staaten im Baltikum sowie weitere Mächte, die eine Militärpräsenz in dieser Region unterhalten.

### **... estnische Ängste ...**

In Vilnius scheint man die Warnung nicht mitbekommen, [nicht verstanden beziehungsweise ignoriert](#) zu haben. Dafür quittierte das estnische Verteidigungsministerium zumindest deren Empfang. Allerdings bezieht man sich in Tallinn dabei nicht auf die Landblockade von Kaliningrad durch Litauen. Man bezieht sich vielmehr auf eine abermals weitere Übung, die Russlands Militär jedoch lediglich unterstellt wird. Russland habe im Laufe einer der jüngsten Raketenübungen einen Angriff auf Estland und weitere Ostseestaaten simuliert, [erklärte](#) Verteidigungsminister Kalle Laanet:

"Nach Daten der estnischen Aufklärungsdienste hat Russland im Laufe seiner jüngsten Raketenübung einen Beschuss Estlands und anderer baltischer Staaten simuliert: Obwohl bei den Übungen die Prozedur des Raketenstarts durchgegangen wurde, waren die Feuervorrichtungen dennoch nicht mit echten Raketen geladen."

In diesem Zusammenhang warnte der Minister vor einer Eskalation der Spannungen zwischen Moskau und "einem NATO-Mitglied an vorderster Front".

Wie genau man von den angeblichen Simulationen erfahren haben will, erklärte man in Tallinn indes nicht.

Auch diese angebliche Erkenntnis mit der eigenen Eskalationspolitik der baltischen Staaten in Bezug auf Russland öffentlich in Verbindung zu bringen, deren bisheriger Höhepunkt die Landblockade Kaliningrads durch den Nachbarstaat Litauen ist, unterließ der estnische Verteidigungsminister.

### **... und israelische Raketen**

Dabei lässt sich dies jedoch ohne Weiteres zu Ende denken – und hat in der Tat mit Raketen zu tun, allerdings mit Estlands eigenen: Estland hat als einziger Staat des hoffnungslos US-hörigen baltischen Dreigestirns die Aussicht, bald – [nämlich etwa Ende 2023](#) – Lenkflugkörper zu erhalten, mit denen sich Seeziele angreifen lassen. Im Oktober 2021 wurde bekannt, dass Estlands Militär beim israelisch-singapurischen Joint Venture Proteus Advanced Systems die Seeziel-Lenkflugkörper Blue Spear in Auftrag gab. Dieses sechs Meter lange Derivat der israelischen Gabriel V ist ein Unterschall-Marschflugkörper, soll eine Reichweite von knapp 300 Kilometern und einen [Gefechtskopf mit 150 Kilogramm Sprengstoff](#) haben und zudem auch gegen Landziele einsetzbar sein.

Obwohl Estland diese Marschflugkörper für LKW-mobile Küstenabwehrbatterien, also für die Abwehr theoretischer Angriffe von der See aus bestellte, lassen sich damit Schiffe im gesamten Finnischen Meerbusen aus Estlands Landesinnerem natürlich auch proaktiv angreifen. Falls also nun zusätzlich zur Land- auch eine Seeblockade Kaliningrads verhängt

wird, kann Tallinn mithilfe seiner neuen Spielzeuge daran teilnehmen. Dies ist auf zweierlei Wegen möglich, die Estlands Küstenbatterien auch gleichzeitig beschreiten können und auch müssen: Auf dem ersten Wege unterbinden die Blue-Spear-Seezielmarschflugkörper den Frachtschiffsverkehr zwischen Sankt Petersburg und der russischen Exklave Kaliningrad. Auf dem zweiten verhindern sie das Auslaufen russischer Kriegsschiffe aus Kronstadt zur unmittelbaren Brechung der Blockade Kaliningrads, dessen Versorgung über andere Seerouten dann durch Kriegsschiffe oder Luftpatrouillen anderer NATO-Staaten blockiert worden sein wird.

Nun liegt klar auf der Hand, dass das militärisch wie wirtschaftlich nichtige Litauen die Landblockade Kaliningrads nicht von sich aus verhängte, sondern auf äußeren Druck hin – sei es seitens des NATO-Hauptquartiers in Brüssel, [seitens der EU](#) oder [seitens Washingtons](#). Dasselbe wird auch für Estland gelten: Falls die Landblockade des Gebiets Kaliningrad bis zur Lieferung der Seezielmarschflugkörper an dieses Land aufrechterhalten werden kann, wird Tallinn sie unmittelbar nach Erhalt der nötigen Stückzahlen zur Aufrechterhaltung der Landblockade oder ihrer Ausweitung um die Unterbindung der Versorgung der russischen Exklave auf dem Seeweg einsetzen müssen – ob es will oder nicht, und gegebenenfalls auch durch Angriffe auf Landziele auf russisches Staatsgebiet oder im Suwalki-Korridor. Denn ebenso klar liegt auf der Hand, dass die Beschaffung neuer Waffensysteme durch die drei baltischen Nachbarn von denen kontrolliert wird, die sie mit [Krediten](#) und [Zuschüssen](#) für das Militär versorgen, nämlich der NATO und den USA. Und wenn ein Blatt wie Forbes, ausdrücklich an Leser [gerichtet](#), die in den USA auch nur ein Fitzelchen zu sagen haben, ein Szenario veröffentlicht, dessen Autor sich [in sadistischem Genuss](#) darüber ergeht, wie Kaliningrad mithilfe ebendieser (damals durch Estland gerade erst bestellter) Seezielenkflugkörper "langsam dem Hunger anheimgegeben" werden soll, sagt dies auch schon alles über den wahren menschenfeindlichen Zweck dieser Waffensystembeschaffung aus.

### **Vorauselendes Schutzersuchen in NATO-Wolkenburgen**

Hier ist der Grund der lautstark geäußerten Besorgnis von Verteidigungsminister Laanet zu suchen. In (womöglich freudiger) Erwartung, bald in einen Krieg gegen Russland auch unmittelbar einbezogen zu werden, deutet er die Hoffnung an, dass die NATO-Verbündeten Estland vor den Folgen der unmittelbaren Teilnahme an solchen Kriegshandlungen schützen werden:

"Aufklärung und Frühwarnung hatten schon immer eine Schlüsselbedeutung, wir müssen wissen, was unser potenzieller Gegner plant und was er übt, ... damit unsere Reservekräfte und Verbündeten darauf gefasst sein können. ... Die Aufdeckung solcher Aktivitäten wird uns dabei helfen, unseren Verbündeten die Notwendigkeit zu erklären, den Ostflügel der NATO zu stärken. Besonders wichtig ist das im Vorfeld des [NATO-Gipfels in Madrid](#) Ende Juni." Ob die Hoffnung von Minister Laanet echt ist oder er damit lediglich den estnischen Wählern ein Gefühl der Sicherheit vermitteln will: Auf sicherem Boden baut er damit eher nicht. Vielmehr gleicht sein Konstrukt einem Luftschloss – und die davon garantierte Sicherheit einer Fata Morgana.

Estland und die baltischen Nachbarn Litauen und Lettland gehören zu den lautstärksten Befürwortern einer stärkeren, umfassenden Eskalation als Reaktion auf Russlands präventive und humanitäre Intervention in den Ukraine-Konflikt. Sie beherbergen mehrere Tausend Soldaten von NATO-Mitgliedsstaaten mit schweren Waffen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b569c348fbef13e66fbc0f.jpg>

11:45 de.rt.com: **Peskow: Russland bleibt in der Situation um Kaliningrad entschlossen**

Moskau ist in der Situation der Transportblockade Kaliningrads durch Litauen entschlossen genug, hat es aber nicht eilig, diesbezüglich große Entscheidungen zu treffen. Das verkündete Kremlsprecher Dmitri Peskow gegenüber [TASS](#). Er sagte:

"Es gibt keinen Grund zur Eile, aber gleichzeitig sind wir natürlich entschlossen genug. Es dauert einige Zeit, bis Entscheidungen getroffen werden."

Der Kremlsprecher erklärte, dass die russischen Behörden die Situation nun sorgfältig analysieren und ihre Position über das Außenministerium an ihre Kollegen aus anderen Ländern weitergeben. Er fügte hinzu:

"Ich würde sogar sagen, dass sie leider keine Partner mehr sind, sondern unsere Gegner."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b557c4b480cc52eb47b3e5.jpg>

**nachmittags:**

12:10 de.rt.com: **DVR am Donnerstag 34 Mal beschossen**

Das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination der Donezker Volksrepublik hat auf Telegram [bekannt gegeben](#), dass das Gebiet der Rebublik am Donnerstag durch ukrainisches Militär 34 Mal unter Beschuss genommen wurde. Dabei seien 255 Projektile abgefeuert worden.

Die Behörde meldete weiter, dass bei dem Beschuss zwei Zivilisten, ein Mann Jahrgang 1948 in Donezk und eine Frau Jahrgang 1945 in Gorlowka, getötet wurden. Sieben weitere Menschen wurden verletzt. Außerdem gab das Zentrum an, dass das sechsjährige Mädchen, das beim Beschuss der Stadt Makejewka am 21. Juni verwundet worden war, seinen Verletzungen erlegen ist.

12:30 de.rt.com: **Terroranschlag in Cherson – Mitarbeiter der regionalen Verwaltung getötet**

Bei der Explosion eines Autos in Cherson am Freitag wurde ein Mensch getötet. Die lokalen Behörden stufen den Vorfall als einen Terrorakt ein. Dies teilte der Pressedienst der regionalen Militär- und Zivilverwaltung gegenüber RIA Nowosti mit.

Wie der stellvertretende Leiter der Verwaltung, Kirill Stremoussow, gegenüber der Nachrichtenagentur präzisierte, handelt es sich bei dem Todesopfer um einen seiner Untergebenen. Ihm zufolge wurde das Auto in die Luft gesprengt, als der Mann in das Fahrzeug stieg.

Früher in dieser Woche war ein Mordanschlag auf Juri Turuljow, den Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Dorfes Tschernobajewka, verübt worden. Der Beamte entkam dem Anschlag leicht verletzt.

Die deutsche Presse scheint die tödlichen Attacken der ukrainischen Kräfte gegen die Vertreter der Donbass-Republiken allerdings zu relativieren. So sprach die Deutsche Presse-Agentur in ihrer Berichterstattung zu dem Anschlag am Freitag von "Widerstand gegen russische Besatzung".

dan-news.info: Die Gewerkschaftsföderation der DVR hat seit Februar dieses Jahres 3,6 Mio. Rubel für die Verteidiger der Donezker Volksrepublik gesammelt. Weitete 13 Mio. Rubel wurden für Hilfeleistungen für vom Krieg betroffene Gewerkschaftsmitglieder und Einwohner der befreiten Gebiete gesammelt.

13:00 de.rt.com: **Hohe Terrorwarnstufe im Gebiet Kursk verlängert**

Die hohe (gelbe) Terrorwarnstufe im russischen an die Ukraine grenzenden Gebiet Kursk ist um weitere zwei Wochen bis zum 8. Juli verlängert worden. Dies teilte der Gouverneur der Region Roman Starowojt auf Telegram mit. Dem Politiker zufolge sollen die Sicherheitsbehörden des Gebiets weiterhin unter verstärktem Einsatz arbeiten.

Am 12. Mai hatte Russlands Sicherheitsdienst FSB bekannt gegeben, dass ein Bewohner der Region wegen Verdachts auf Vorbereitung eines Terroranschlags im Einvernehmen mit ukrainischen Sonderdiensten verhaftet worden sei. Die an der Grenze zur Ukraine gelegenen Dörfer des Kursker Gebiets werden regelmäßig durch ukrainische Truppen beschossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b5879148fbef13e66fbc36.jpg>

Ein ausgebranntes Auto neben einem zerstörten Wohnhaus nach dem Beschuss der Ortschaft Tjotkino im Gebiet Kursk durch ukrainisches Militär, Aufnahme vom 6. Juni

13:02 de.rt.com: **Lawrow: Zweck einer "ukrainischen" Getreidekoalition ist Einmischung in der Schwarzmeerregion**

Hinter der Idee einer internationalen Marinekoalition, die Schiffe mit ukrainischem Getreide

durch das Schwarze Meer geleiten soll, steht in Wirklichkeit ein ganz anderes Ziel, so Russlands Außenminister Sergej Lawrow – nämlich eine Einmischung in der Schwarzmeerregion.

Nach Gesprächen mit dem iranischen Außenminister Hossein Amir-Abdollahian am Donnerstag in Teheran wertete Russlands Chefdiplomat den Vorschlag, eine internationale militärische Schiffsgleitschutzgruppe für Frachter mit ukrainischem Getreide zusammenzustellen, als ein Deckmäntelchen für ganz andere Vorhaben:

"Die Versuche, irgendwelche internationalen Koalitionen für die Durchführung dieser Verfahren zu organisieren, zielen einzig und allein darauf ab, sich in der Schwarzmeerregion unter dem Banner der UNO einzumischen."

Der Vorstoß, dass die angeblich von Getreideknappheit aufgrund des Ukraine-Konflikts betroffenen Länder ihre Kriegsschiffe ins Schwarze Meer schicken sollen, wurde von Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis bei seiner Reise nach London Ende Mai eingebracht. Medienberichten zufolge hatten die britischen Regierungsbehörden damals ihre grundsätzliche Unterstützung für eine solche Mission zum Ausdruck gebracht.

Der russische Außenminister versicherte seinen Zuhörern:

"Es gibt keinerlei Probleme damit, Getreide auszufahren und Schiffe, die die Ukrainer durch Verminen von Schwarzmeerhäfen in diesen eingesperrt haben. Auch ohne derartige Pläne zusammenzuzimmern."

Er bekräftigte, dass Moskau die Sicherheit von Schiffen mit Getreide in internationalen Gewässern bis hin zur Bosphorusstraße, der von Ankara kontrollierten Engstelle, die den einzigen praktikablen Wasserweg aus dem Schwarzen ins Mittelmeer bietet, garantiere:

"In dieser Frage haben wir mit der Türkei Einigkeit."

Die Ukraine ist ein wichtiger Getreideexporteur, aber aus ihren Häfen können seit Beginn der russischen militärischen Intervention in den Ukraine-Konflikt Ende Februar keine Schiffe mehr in See stechen. Kiew und der Westen beschuldigen Moskau, das Auslaufen der Schiffe zu blockieren. Russland hingegen erinnert beständig daran, dass diese logistischen Probleme von der Ukraine selbst durch Verlegen von Seeminen in den Hafengewässern verursacht wurden. Russlands Außenminister wörtlich:

"Die Bemühungen, die jetzt unter anderem sowohl von der Türkei als auch vom UN-Generalsekretär unternommen werden, wären schon vor langer Zeit erfolgreich gewesen, wenn die Ukraine und ihre westlichen Herren das Problem der Entminung der Häfen im Schwarzen Meer gelöst hätten."

Lawrows britische Amtskollegin Liz Truss sprach am Donnerstag auch die Frage an, wie das ukrainische Getreide aus den Häfen ausgefahren werden könne. Dies erfordere ihrer Meinung nach "eine international angelegte Anstrengung".

Truss, die diese Äußerung nach Gesprächen mit ihrem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu tätigte, behauptete auch, ein Versäumnis, die festgefahrenen Getreidetransporte rasch aus den Häfen zu lösen, werde "zu einer großen Hungersnot führen". Die Verantwortung hierfür gab sie gewohnheitsmäßig Russlands Präsidenten Wladimir Putin:

"Putin setzt den Hunger als Waffe ein, er benutzt die Ernährungssicherheit herzlos als Kriegsmittel. Er hat die ukrainischen Häfen blockiert und verhindert, dass 20 Millionen Tonnen Getreide in die ganze Welt exportiert werden, womit er die Welt erpresst."

Lawrow hatte zuvor dem Westen vorgeworfen, die Probleme mit dem ukrainischen Getreide maßlos zu übertreiben. In der Tat, so Lawrow vor einigen Wochen, machten die blockierten Lieferungen "weniger als ein Prozent der weltweiten Produktion von Weizen und anderen Getreidesorten" aus:

"Daher hat die aktuelle Situation mit ukrainischem Getreide nichts mit der Nahrungsmittelkrise zu tun."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b593f748fbef0a9e39a7c8.jpg>  
*Handelshafen von Odessa, 30. März 2022*

13:25 de.rt.com: **Volksmiliz-Offizier: In LVR abgeschossene Totschka-U-Rakete war auf Verwaltungsgebäude des Republikchefs gerichtet**

Das Ziel der Totschka-U-Rakete, die die Luftabwehr der Volksrepublik Lugansk in der Nacht zum Freitag über dem Dorf Teplitschnoje nahe der Regionalhauptstadt Lugansk abgeschossen hat, war das Verwaltungsgebäude des Republikchefs Leonid Passetschnik. Dies teilte der Oberstleutnant der Volksmiliz der LVR, Andrei Marotschko, via Telegram mit. Er schrieb: "Heute Nacht hat die militärisch-politische Führung der Ukraine den Befehl erteilt, einen Angriff mit dem taktischen Raketensystem Totschka-U auf die Hauptstadt der LVR Lugansk zu führen. Dank des koordinierten Einsatzes des Luftabwehrsystems wurde die Rakete beim Anflug nahe der Siedlung Teplitschnoje abgeschossen. Von der Flugbahn und den geschätzten Daten zu urteilen war das Ziel die Verwaltung des Chefs der Volksrepublik Lugansk." Nach Angaben der LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes wurden zwei weitere Totschka-U-Raketen von den ukrainischen Streitkräften auf die Städte Stachanow und Brjanka abgefeuert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b57a78b480cc6fbf4dbe38.jpg>

*Das Oberhaupt der Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetschnik, beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, 16. Juni 2022*

13:43 de.rt.com: **Nord Stream 2: Werden Teile des Röhrensystems enteignet und für ein**

## Flüssiggasterminal genutzt?

Auf der Suche nach Möglichkeiten, die aktuelle deutsche Gaskrise in den Griff zu bekommen, will das Bundeswirtschaftsministerium anscheinend unkonventionelle Wege gehen und Teilbereiche der Anlage von Nord Stream 2 nutzen. So sollen in der landeseigenen Ostsee liegende Rohre enteignet werden.

Am Donnerstag rief Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz und Vizekanzler, die sogenannte Alarmstufe für die Gasversorgung in Deutschland aus. Damit wäre die zweite von drei Stufen eines bundesweiten Notfallplans seitens der Bundesregierung in die Wege geleitet worden. Als eine weitere Reaktion auf die sich dynamisierende Gaskrise in Deutschland ziehe nach [Informationen](#) des Magazins Spiegel das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) Pläne in Erwägung, auf dem Meeresgrund versenkte Pipeline Nord Stream 2 Rohre "zu enteignen und vom Rest der Pipeline abzukappen", so die Formulierung im Spiegel-Artikel.

Die gesamten Leitungen ziehen sich über rund 1000 Kilometer quer durch die Ostsee, daher hätte die Bundesregierung "eruiert, den auf deutschem Territorium liegenden Teil" zu enteignen. Jene Teile der Leitungen, "die vom Land auf das Meer führen, könnten dann an ein mobiles LNG-Terminal angeschlossen werden", so die anvisierten Vorstellungen seitens des BMWK. Zudem benötigen Konzeption und Erbauung der zwei geplanten Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel noch Zeit.

Die Autoren des Spiegel-Artikels gaben keinerlei Hinweis darauf, juristische Momente zu bedenken, sondern erkannten in dem "Plan auch Risiken" anderer Natur. So heißt es: "Technisch ist das Anheben und Auftrennen der Pipeline möglich. Aber es könne zu schwerwiegenden Umweltproblemen kommen, fürchten Experten, die mit dem Vorgang betraut sind. Das Gebiet ist naturrechtlich geschützt, durch die Verordnung Natura 2000, in der besonders strenge Vorgaben gelten."

Die Eigentumsrechte seien "kompliziert", da das "Unternehmen Nord Stream 2 zahlungsunfähig" ist, und zudem die zuständige Holding von einem Verwalter mit Sitz in der Schweiz betreut werde. Die "wohl größte der Angst der Deutschen", nicht der deutschen Politik, sei die Sorge, dass "Wladimir Putin und sein Staatskonzern Gazprom auf eine solche Enteignung mit Vergeltung reagieren" könnte.

Habeck formulierte zu Beginn der Woche, man befände sich aktuell in "einer Art Armdrücken" mit Russland, bei dem Wladimir Putin momentan "den längeren Arm habe". Der Spiegel zitierte den Minister mit den Worten:

"Aber das heißt nicht, dass wir nicht durch Kraftanstrengung den stärkeren Arm bekommen könnten."

Vizekanzler Habeck wüsste jedoch "um die Gefahren eines solch drastischen Eingriffs" und würde deshalb "mehrgleisig" fahren. "Insider" hätten dem Spiegel "berichtet", dass der Bau "einer zweiten Röhre, parallel zu der Nord-Stream-2-Pipeline", eine mögliche Option sei, die aktuell in Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums diskutiert würde. Diese Perspektive würde "das Risiko einer Vergeltungsaktion nicht beseitigen, aber verringern", so die Analyse des Nachrichtenmagazins.

Das BMWK wollte laut dem Artikel die "Insider"-Informationen, "die Überlegungen des eigenen Hauses nicht kommentieren, allerdings auch nicht dementieren". Bezüglich der Suche nach möglichen Orten für die dringend benötigten Gas-Terminals, sei dabei die "Frage der vorhandenen Infrastruktur für eine Anbindung ein wichtiger Standortfaktor", so die Kommentierung des Ministeriums auf Spiegel-Anfrage.

In einem aktuellen Interview mit dem Spiegel teilte Habeck mit, dass er bei Putin "ein präzises Muster" erkennen würde:

"Putin reduziert schrittweise die Gasmengen, hält durch die Verknappung den Gaspreis hoch – und will so den Druck auf die Bevölkerung erhöhen, um Unsicherheit, Angst zu schüren – der beste Nährboden für einen Populismus, der unsere liberale Demokratie von innen aushöhlen

soll. Das ist seine Strategie. Und die darf nicht aufgehen."

Der russische Präsident, so der Minister im Interview, "will, dass sich unser Land zerlegt. Aber wir zerlegen uns nicht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b57e48b480cc5414256072.jpg>

13:55 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Bis zu 2.000 ukrainische Kämpfer im Kessel von Gorskoje blockiert**

Die russischen Truppen haben bis zu 2.000 ukrainische Militärs im Gebiet der Siedlungen Gorskoje und Solotoje vollständig blockiert. Insgesamt seien im Kessel von Gorskoje vier Bataillone, eine Brigadeartilleriegruppe sowie mehrere Nationalisten und ausländische Söldner umzingelt worden, teilte das russische Verteidigungsministerium am Freitag mit. Demnach sind darunter rund 1.800 Soldaten der ukrainischen Armee, 120 Nazis des Rechten Sektors sowie bis zu 80 ausländische Kämpfer.

Nach Angaben der Behörde haben innerhalb der vergangenen 24 Stunden insgesamt 41 ukrainische Militärs in dem Bezirk ihren Widerstand aufgegeben und sich freiwillig ergeben. Dabei wies das Verteidigungsministerium darauf hin, dass die eingekesselten Truppen erschöpft seien, während die Versorgung der Einheiten mit Waffen, Munition und Treibstoff gestoppt worden sei.

Die russischen Streitkräfte schnürten den Kessel zurzeit weiter ein und nähmen den Feind unter Dauerfeuer, hieß es.

14:30 de.rt.com: **Kapitulationsverhandlungen im Asot-Werk im Gange**

Die Kommandantur der von der Volksrepublik Lugansk (LVR) kontrollierten Stadt Sewerodonezk hat der Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass die Verhandlungen über die Kapitulation der im Asot-Werk eingeschlossenen ukrainischen Militärangehörigen im Gange seien.

Nach Angaben der Kommandantur befinden sich in den Bunkern auf dem Werkgelände noch etwa 500 bis 550 Zivilisten. Die Forderung nach ihrer Evakuierung habe bei den Verhandlungen Priorität:

"Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Unsere Forderung ist zunächst die Evakuierung von Zivilisten aus den Bunkern von Asot."

Die Kommandantur räumte ein, dass es einigen Zivilisten bereits gelungen sei, das Werk zu verlassen, allerdings sei dies nicht organisiert worden. Gleichzeitig versuchten einige ukrainische Militärs aus dem Werk, sich nach Lissitschansk abzusetzen. Zuvor hatten die Vertreter der LVR den ukrainischen Truppen vorgeworfen, die Organisation humanitärer Korridore aus dem Werk zu sabotieren.

15:00 de.rt.com: **Kadyrow meldet Befreiung von Solotoje und Gorskoje**

Der Chef der Republik Tschetschenien Ramsan Kadyrow hat auf seinem Telegram-Account die endgültige Befreiung der Siedlungen Solotoje und Gorskoje in der Volksrepublik Lugansk

(LVR) bekannt gegeben. Ihm zufolge wurden die feindlichen Kräfte von den alliierten Streitkräften Russlands und der LVR erfolgreich zerschlagen, während die verbleibenden "demoralisierten ukrainischen Nazi-Einheiten ihre Stellungen in aller Eile verließen" und "eine große Menge an Trophäenwaffen" zurückließen. Die Befreiungsoperation sei ohne ein einziges Todesopfer unter den Einsatzkräften abgeschlossen worden, so Kadyrow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b5b3a248fbef01785fda2b.jpg>

16:21 (15:21) novorosinform.org: **Für ein "Bild" ruiniert: Selenskij wurde über die Unmöglichkeit informiert, die Streitkräfte der Ukraine aus Lisitschansk abzuziehen**

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Walerij Salushnyj, informierte den Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, über die kritische Lage der ukrainischen Truppen in Lisitschansk, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“ Berufung auf eine Quelle in Selenskij's Büro.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine könnten nicht ohne Verluste aus Lisichansk abgezogen werden, ihre Lage sei kurz vor der Einkreisung, zitiert die Quelle die Worte Salushnyjs. Er beschuldigte Kiew auch, Entscheidungen zum Truppenabzug nach Slawjansk und Kramatorsk zu verzögern.

"Das mittelmäßige Kommando der Schausteller führte dazu, dass die besten Einheiten der Streitkräfte der Ukraine absichtlich für ein ‚Bild‘ ruiniert wurden ", kommentierten die Autoren des Kanals die Situation.

Laut "Resident" wurden in Lisitschansk 8.000 ukrainische Kämpfer und 700 Einheiten Militärtechnik umzingelt.



[https://novorosinform.org/content/images/75/25/47525\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/75/25/47525_720x405.jpg)

**15:25 de.rt.com: Ukrainische Kriegsgefangene behaupten, von ihrer Führung verlassen worden zu sein**

Ukrainische Militärangehörige, die sich im Kessel von Gorskoje in der Volksrepublik Lugansk ergeben hatten, haben ihrer Führung vorgeworfen, sie ohne klare Zielsetzungen und nötige Vorbereitung in den Kampf geschickt zu haben. In einem vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichten [Video](#) sagte einer der Kriegsgefangenen:

"Man hat uns ohne Fernverbindung verlassen. Wir konnten weder zum Bataillon noch zur Brigade Kontakt aufnehmen. Das Funkgerät funktionierte nicht, wir wussten nicht, was wir tun sollen, welche Stellungen wir beziehen sollten, welche Aufgabe wir hatten."

Ein weiterer Soldat bemängelte, dass sich ihre Ausbildung vor dem Kampfeinsatz auf zwei Schießübungen beschränkte, bei denen sie jeweils nur elf Kugeln abfeuern konnten.

Einer der Gefangenen zog den Schluss, dass sie vernichtet werden könnten, ohne in Feindkontakt zu treten und erklärte, dass die Kapitulation die einzige Möglichkeit sei, ihr Leben zu retten. Er wies auch auf die humane Behandlung durch russische Soldaten hin.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums war in der Nähe der Ortschaften Gorskoje und Solotoje ein etwa 2.000-köpfiger ukrainischer Verband eingeschlossen worden.

**15:50 de.rt.com: Medwedew twittet auf Deutsch**

Der frühere russische Präsident und langjährige Regierungschef sowie derzeitige stellvertretende Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew wandte sich über Twitter an Deutschland. Damit niemand ihn missversteht oder so tut, als habe er die Frage nicht verstanden, schrieb Medwedew seinen [Tweet](#) gleich auf Deutsch.

*Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat gesagt, dass Russland „den Hunger als Waffe einsetzt“. Es ist natürlich erstaunlich, so etwas von Amtsträgern zu hören, deren Land Leningrad 900 Tage lang in einer Blockade abriegelte, wo fast 700.000 Menschen an Hunger starben.*

In seinem Tweet polemisiert der russische Ex-Präsident mit der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock, die wiederholt den Vorwurf erhoben hatte, Russland setze "Hunger als Waffe" ein. Medwedew erinnerte daran, dass sich dieser Vorwurf besonders aus Deutschland, das für das Verhungern von 700.000 Zivilisten in Leningrad durch die deutsch-finnischen Blockade dieser Millionenstadt während des Zweiten Weltkriegs verantwortlich zeichnet, abstrus und geschichtsvergessen anhört.

**16:15 de.rt.com: Verurteilter britischer Söldner bittet Bewohner des Donbass um Vergebung**

Der Brite Aiden Aslin, der für den Kampf im Ukraine-Krieg aufseiten Kiews von einem Gericht in Donezk zum Tode verurteilt worden war, hat in einer Videoansprache aus dem Gefängnis seine Taten bereut und die Bewohner des Donbass um Vergebung gebeten. Er wird von RIA Nowosti zitiert:

"Nach all dem, was ich gestern durchgemacht habe, kann ich den Menschen im Donbass und in Russland nur sagen: Ich entschuldige mich dafür, dass ich mich den ukrainischen Truppen angeschlossen habe. (...) Weiß Gott – es tut mir wirklich leid. Ich glaube, er hat mich am Leben gelassen, um die Wahrheit zu sehen. (...) Nach dem, was ich gestern gesehen habe, gibt es nicht viel, was ich sagen kann, außer dass ich am Boden zerstört bin. (...) Ich habe gestern den ganzen Tag auf dem Boden verbracht, weil wir von der Artillerie beschossen wurden. Und ich befinde mich im Zentrum von Donezk. Hier gibt es keine militärischen Objekte. Sie haben das Gefängnis angegriffen. Es war so nah, dass ich die Druckwelle spüren und hören konnte,

wie draußen Granatsplitter fielen."

Der britische Söldner fügte hinzu, dass sich das, was er zuvor für feindliche Propaganda gehalten habe, als wahr herausgestellt habe, und beklagte sich über das Schweigen der westlichen Medien über den ukrainischen Beschuss von Städten im Donbass, über die "die Jungs aus der DVR seit acht Jahren sprechen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b5c108b480cc24f8394f9e.jpg>

*Aiden Aslin auf der Anklagebank in einem Gericht in Donezk, 9. Juni 2022*

#### 16:36 de.rt.com: **Finanzierung der Ukraine-Kosten: Grüner Landesfinanzminister schlägt "Kriegssoli" vor**

Ein Testballon oder erster Hinweis auf kommende Steuererhöhungen? Der baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz, ein ehemaliger Berater der Boston Consulting Group, hat erklärt, wie er sich die Finanzierung des deutschen Beitrags zum Ukrainekrieg vorstellt: mit einem "Kriegssoli". Aus Berlin kommt Gegenwind.

Der Grünen-Politiker und baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz hat vorgeschlagen, in dieser "schwierigen Zeit" einen "Kriegssoli" zur Finanzierung des deutschen Beitrags zum Ukrainekrieg als zusätzliche Steuer einzuführen. In der SWR-Sendung "Zur Sache Baden-Württemberg" sagte Bayaz am Donnerstagabend laut dpa: "Warum nicht so etwas wie einen Kriegssoli in so einer schwierigen Zeit."

Wie die Nachrichtenagentur weiter berichtete, müsse nach Ansicht von Bayaz die Frage beantwortet werden, wer nach der Ukraine-Krise die Rechnung für die Hilfspakete und das Sondervermögen der Bundeswehr bezahlen würde. Laut Bayaz kommen dafür nur Steuererhöhungen infrage, die am Ende des Tages unvermeidbar seien.

Der Grünen-Politiker Danyal Bayaz ist studierter Kommunikationswissenschaftler, promovierte laut Wikipedia über Finanzmärkte und absolvierte einen Forschungsaufenthalt an der New Yorker Cornell-Universität. Nach einer Tätigkeit bei Boston Consulting zog er im Jahr 2017 als Abgeordneter der Grünen in den Deutschen Bundestag ein. Im Mai 2021 wurde Bayaz vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zum Finanzminister des Bundeslandes ernannt.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) wies den Vorschlag des Grünen zurück und sagte, Steuererhöhungen würden die Konjunktur abwürgen. Auch aus der Union kam Kritik an Bayaz. Selbst Baden-Württembergs Regierungschef Kretschmann hält die Debatte für verfrüht. Über eine "Sondersteuer" werde man erst später reden können. Bei den Grünen gab

es aber auch Rückendeckung für Bayaz. Katrin Göring-Eckardt, grüne Vizepräsidentin des Bundestags, sagte: Der Bundesfinanzminister sollte den Vorschlag nicht einfach wegwischen. Klar sei: "Reichtum verpflichtet. Dieses Prinzip sollte wieder stärker gelten." Zu einer notwendigen Umverteilung der Härten der Krisen gehörten auch zielgenaue Entlastungen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b5aa06b480cc2bf3323ece.jpg>  
*Landesfinanzminister Danyal Bayaz mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann*

#### 16:40 de.rt.com: **Oberhaupt des Gebiets Cherson warnt vor hoher Terrorgefahr**

In einer Sendung des Fernsehsenders Rossiya 24 hat der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson Wladimir Saldo die Terrorgefahr durch Diversionen in der Region als sehr hoch eingestuft. Er sagte:

"Wir bekämpfen die Diversanten, doch ist die Stufe der Terrorgefahr hoch, ich würde sagen – sehr hoch."

Saldo vermutete, dass ukrainische Diversanten das Gebiet vor allem auf Wasserwegen, etwa über den Fluss Dnjepr oder das Schwarze Meer erreichen können.

Zuvor war in Cherson ein Mitarbeiter der militärisch-zivilen Verwaltung durch einen Anschlag getötet worden, als in seinem Auto eine Bombe gezündet worden war. Saldo bezeichnete den Anschlag als einen Mord im Auftrag der ukrainischen Regierung.

#### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 24. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 19 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

In Melekino und Belosarajskaja Kossa wurden die Vorbereitung zur Inbetriebnahme des mobilen 4G-Internets abgeschlossen. In Mariupol wurden Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen. Außerdem wurden an 6 Basistationen Dienstleistungen zum Zugang um mobilen Internet eingerichtet.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 3200 Menschen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken** in Mariupol, Wolnowacha, Pionerskoje, Polnoje und Olginka durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 9 Hektar Territorium und 500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 844 explosive Objekte entschärft.**

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten

Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

18:04 (17:04) novorosinform.org: **Alichanow kündigte die Bereitschaft der EU an, die Transitblockade nach Kaliningrad aufzuheben**

Der Gouverneur der Region Kaliningrad, Anton Alichanow, sagte, die Europäische Union habe ihre Bereitschaft erklärt, ihren Teil der Verpflichtungen zur Gewährleistung des Warentransits in die Region zu erfüllen und die „Sanktionsblockade“ aufzuheben, berichtet TASS.

Gleichzeitig stellte der Gouverneur klar, dass die Region in jedem Fall die notwendige Unterstützung von der Zentralregierung habe.

„Mal sehen, wie sich das in den Dokumenten widerspiegeln wird, wie schnell es gehen wird“, schrieb Alichanow in seinem Telegram-Kanal, ohne jedoch die Quelle dieser Informationen anzugeben.

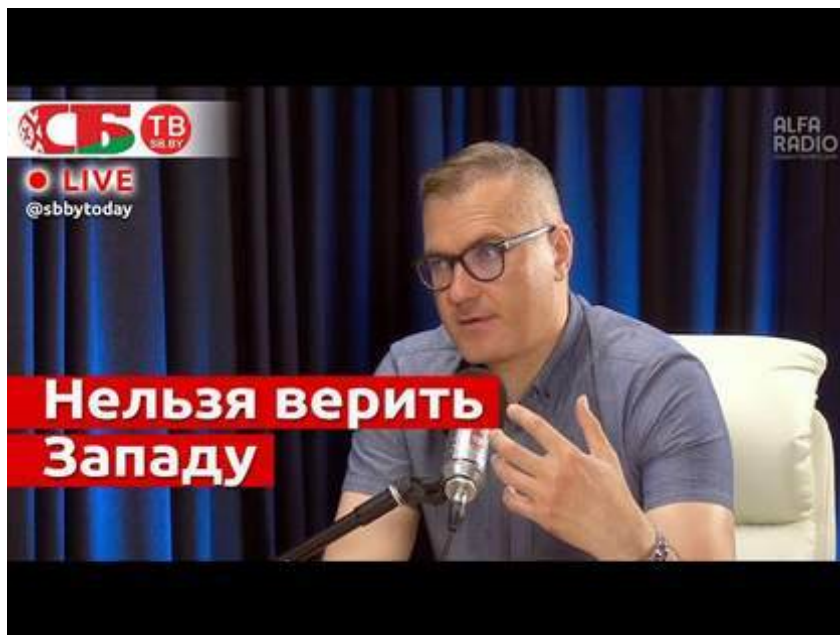


[https://novorosinform.org/content/images/75/38/47538\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/75/38/47538_720x405.jpg)

17:05 de.rt.com: **Das weißrussische Fernsehen warnt vor voreiligem Friedensschluss**

Im weißrussischen Fernsehen warnten Experten Russland am Donnerstag vor einem übereilten Friedensschluss im Nachbarstaat Ukraine. Im staatlichen Sender [Belarus Segodnja](#) sagte der Vorsitzende der Nationalen Wissenschaftsgesellschaft Wadim Gigin, Russland könne weder den Zusicherungen der Ukraine noch etwaigen Garantien des Westens vertrauen. Sollte das Regime Selenskij den Krieg überstehen, würde es den Friedensschluss, egal mit welchen territorialen Verlusten er für die Ukraine verbunden wäre, als eigenen Sieg propagandistisch ausschlichten. In jedem Fall würde die Ukraine mit finanzieller und technologischer Unterstützung des Westens – gegebenenfalls nach einer kurzen Anstandspause – eine neue Militarisierungsrunde beginnen. Auch die Wiederaufnahme des nuklearen Raketenprogramms sei sicher.

Die Ukraine unter dem gegenwärtigem Regime wäre auf Revanche orientiert, sodass nach wenigen Jahren erneut ein Krieg unter für Russland noch ungünstigeren Vorzeichen ausbrechen würde, betonte der Experte.



<https://i.ytimg.com/vi/SaCe4-o9-Ws/sddefault.jpg>

### 17:05 de.rt.com: **Netzagentur warnt: Auf Verbraucher könnten noch weitere "riesige Preissprünge" für Gas zukommen**

Laut der Bundesnetzagentur ist die Versorgungslage für Gas bereits angespannt und eine Verschlechterung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden. Die Preissteigerungen für Verbraucher seit Herbst könnten um ein Vielfaches übertroffen werden.

Seit Monaten wird die Inflation angetrieben durch hohe Energiepreise: Im Vergleich zum vergangenen Herbst haben sich die Verbraucherpreise um mindestens 30 Prozent erhöht. Seitdem Russland nicht mehr die gewohnten Mengen Gas liefern kann, sind die ohnehin schon hohen Preise im Großhandel noch einmal deutlich gestiegen. Am Donnerstag hat die Bundesregierung die Alarmstufe, also die zweite von drei Krisenstufen des Notfallplans Gas, ausgerufen. Die Netzagentur warnt, dass bisherige Preissteigerungen noch um ein Vielfaches übertroffen werden könnten.

"Die Gasversorgung in Deutschland ist im Moment stabil. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist derzeit weiter gewährleistet", hieß es seitens der Behörde am Donnerstag.

Diese fügte jedoch hinzu:

"Die Lage ist angespannt und eine Verschlechterung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden."

Netzagentur-Präsident Klaus Müller erklärte im ARD-Morgenmagazin:

"Schon jetzt werden die Gaspreis-Steigerungen des letzten Herbstes weitergegeben. Das ist knapp plus 30, plus 50, teilweise plus 80 Prozent."

Was für viele bereits schmerzlich ist, sei allerdings nur die "Vergangenheit aus dem Herbst". Denn seit der vergangenen Woche hat sich der Gaspreis noch einmal versechsfacht.

Dies seien "riesige Preissprünge", die zwar nicht alle eins zu eins an die Verbraucher weitergegeben würden. "Aber Verdoppeln bis Verdreifachen kann je nach Gebäudehülle durchaus drin sein", sagte Müller. Darum sei Bundeswirtschaftsminister Habeck "so engagiert dabei, um zu sagen: Leute legt auch Geld zurück und tut was Richtung Herbst."

Auf die bevorstehende Routine-Wartung der Pipeline am 11. Juli blicken Energieversorger und Politik bereits mit Sorge. Gazprom hatte seine Gaslieferungen über die Nord Stream 1-Pipeline kürzlich schon stark heruntergefahren: Statt 167 Millionen Kubikmeter pro Tag werden nur noch maximal 67 Millionen Kubikmeter befördert. Jetzt bange man, dass nach dem Abstellen zwecks Wartung aus Russland kein Gas mehr fließe. Auf die Frage, ob er

befürchte, dass Russland danach gar kein Gas mehr liefern werde, sagte Habeck dem Sender RTL: "Ich müsste lügen, wenn ich sagen würde, ich befürchte es nicht."

Im Hinblick auf die Frage, welche Folgen die immensen Preissprünge für die Verbraucher haben könnten, schien die Prognose zunächst eher variabel. Laut Müller werde es entweder am Ende des kommenden Winters brenzlig oder vielleicht auch schon am Anfang.

"Die meisten Szenarien sind nicht schön und bedeuten entweder zu wenig Gas am Ende des Winters oder aber schon - ganz schwierige Situation - im Herbst oder Winter," so die Berechnungen der Behörde.

In dem Fall, dass nach der zehntägigen Wartung im Juli kein Gas mehr aus Russland kommen sollte, würden die Gaspreise weiter steigen. Zwar haben die Versorger bisher kein "Preis Anpassungsrecht" – die Netzentur könnte jedoch einen bestimmten Mechanismus aktivieren, wodurch innerhalb einer Woche die höheren Preise an die Endverbraucher weitergereicht werden. Sogar Preisgarantien, die etwa bei einjährigen Verträgen abgeschlossen werden, wären dann hinfällig. Mit dem Weiterreichen der Preise solle den Angaben zufolge verhindert werden, dass Versorger zusammenbrechen.

Verbraucherministerin Lemke hatte der Deutschen Presse-Agentur aber – so wie im Notfallplan vorgesehen – angekündigt, dass private Haushalte und soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser besonders geschützt würden, und zwar auf allen Stufen des Gas-Notfallplanes. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Markus Lewe, forderte eine Absicherung der kommunalen Stadtwerke. Würden Versorger die Preise ungebremst weitergeben, "werden sich viele Menschen ihr Leben nicht mehr leisten können", sagte er der Rheinischen Post. Würden die Preise dagegen nicht weitergegeben, drohe die Pleite.

Am wichtigen niederländischen Handelsplatz TTF kostete im Juli zu lieferndes Erdgas am Donnerstagnachmittag pro Megawattstunde rund 135 Euro. Am Vortag kostete es noch 127 Euro. Am Montag der vergangenen Woche, also vor der Drosselung, lag der Preis wiederum noch bei gut 83 Euro. Auch das war schon hoch. Langfristverträge waren in der Vergangenheit oft mit 20 bis 30 Euro abgeschlossen worden.

Haben die Versorger, zum Beispiel Stadtwerke, in der Vergangenheit nicht genügend günstiges Gas bei den Großhändlern geordert, müssen sie an der Börse nachkaufen - zu aktuellen Preisen. Die Mehrkosten werden an die Kunden weitergereicht - und sorgen mit Verzögerung für steigende Gaspreise.

Da seitens der von der [Immobilienlobby](#) stark finanzierten [Unionsparteien](#) sichergestellt wurde, dass Vermieter - um den Kosten zumindest ein Stück entgegenzuwirken - die Preissteigerungen den Mietern aufdrücken können, wird es für viele Menschen angesichts ohnehin sehr hoher Mieten und der immer [weiter steigenden Inflation](#) schwierig oder gar unmöglich sein, das Grundrecht auf Wohnen für sich umzusetzen. Davor warnte auch der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten.

"Wir fordern ein Kündigungsmoratorium, das sicherstellt, dass niemandem gekündigt werden darf, der wegen stark gestiegener Heizkosten seine Nebenkostenabrechnung nicht fristgerecht bezahlen kann," sagte Siebenkotten dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Auch Eigenheimbewohner dürften an ihre Grenzen stoßen, wenn sie weitere Zahlungsverpflichtungen haben. Rund 50 Prozent aller Haushalte in Deutschland nutzen Erdgas, um ihren Wärmebedarf zu decken. Wie die Bundesregierung, so ruft auch die Netzentur zum [Energiesparen](#) auf. Jeder Industriebetrieb und Privathaushalt könne dazu beitragen, sagte Netzentur-Chef Klaus Müller im ARD-Morgenmagazin.

"Und ja, dazu gehört auch der Pulli, der Duschkopf, die Heizung ein bisschen runterstellen. All das hilft."

Verbraucherministerin Steffi Lemke sagte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen seien genauso wie Haushalte gefordert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b5a4e648fbef0a9e39a7de.jpg>

**Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin besuchte heute Stachanow (LVR), wo er Soldaten aufgrund ihrer Erfolge in der Befreiungsoperation auszeichnete.**

Die Veranstaltung fand auf dem Lenin-Platz am städtischen Kulturpalast statt.

Auszeichnungen erhielten Soldaten des 105. und 107. mobilisierten Regiments der Volksmiliz der DVR.

„Genossen Soldaten! Sehr geehrte Freunde! Heute haben wir uns aus einem guten Anlass versammelt, zur Überreichung verdienter Auszeichnungen für die Taten, die Handlungen, die Sie vollbracht haben und weiter vollbringen – sei es Mariupol, sei es in Richtung Lugansk. Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, den Neonazi-Dreck von unserem Land zu jagen. Sehr wichtig ist Ihr leidenschaftliches Verhältnis zu unserer großen Heimat“, sagte das Staatsoberhaupt zu den Soldaten.

Puschilin überreicht Medaillen „Für Kühnheit“, „Für die Befreiung von Mariupol“, Auszeichnungen „Für Verdienste gegenüber der Donezker Volksrepublik“ und „Georgskreuze“. 29 Soldaten erhielten militärische Auszeichnungen.

„Es stehen uns noch schwierige Etappen bevor: der Gegner ist recht schwer zu vertreiben, weil wir objektiv nicht den bewaffneten Formationen der Ukraine gegenüberstehen, oder besser, nicht nur ihnen, sondern ernsteren Kräften, im Grunde ist das der kollektive Westen. Dennoch ist die Zuversicht in unseren Sieg absolut, weil für hinter uns die Wahrheit steht, die Geschichte, unser russisches Land. Wir sind verpflichtet es zu befreien!, sagte das Republikoberhaupt.

**17:30 de.rt.com: Lawrow: NATO und EU bilden offensichtlich Koalition für Krieg gegen Russland**

Die europäischen Länder schließen sich gegen Russland zusammen, so der russische Außenminister Sergei Lawrow. Dabei verglich der Chefdiplomat Russlands die aktuelle Lage mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs:

"Als der Zweite Weltkrieg begann, versammelte Hitler einen großen Teil, wenn nicht sogar die meisten europäischen Länder unter seinen Fahnen für den Krieg gegen die Sowjetunion. Jetzt bilden auch die Europäische Union und die NATO eine solche moderne Koalition, um zu kämpfen und im Großen und Ganzen Krieg gegen die Russische Föderation zu führen."

Der Minister fügte hinzu, Moskau werde "das Verhalten der Europäischen Union realistisch betrachten" und "die tatsächlichen Schritte verfolgen", die Brüssel sowie die Republik Moldau und die Ukraine unternehmen werden, sobald ihnen der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b5bf5148fbef0251718814.jpg>

### 17:51 de.rt.com: **Macron begrüßt "starkes Signal" der EU an Russland**

Frankreichs Präsident Macron hat die Gewährung einer EU-Perspektive für die Ukraine und Moldawien als politische Entscheidung und Signal an Russland bezeichnet. Andere EU-Staats- und Regierungschefs wiesen auf die Notwendigkeit von Reformen für einen tatsächlichen Beitritt hin.

Dass die Ukraine und Moldawien den Status von EU-Beitrittskandidaten erhalten haben, sei eine "politische Geste", die ein "starkes Signal" an Russland sende, so der französische Präsident Emmanuel Macron am Donnerstag. Doch während Kiew und Chişinău feierten, warnten einige EU-Staats- und Regierungschefs, dass der Beitrittsprozess Jahre dauern könnte, da die Notwendigkeit von Reformen und Verhandlungen einer tatsächlichen Mitgliedschaft im Wege stünden.

Die Anerkennung der "europäischen Perspektive der Ukraine, Moldawiens und Georgiens durch die EU ist ein starkes Signal an Russland im aktuellen geopolitischen Kontext", sagte Macron auf einer Pressekonferenz in Brüssel. Die Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldawien sei "eine sehr starke Botschaft", fügte er hinzu und hob hervor: "Wir sind dies dem ukrainischen Volk schuldig. Es kämpft für unsere Werte."

"Vom ersten Tag dieses Konflikts an hat Europa schnell, historisch und geschlossen reagiert. Zunächst mit Sanktionen, dann mit makroökonomischer, militärischer und finanzieller Unterstützung und nun mit dieser politischen Geste."

Auch der Präsident des EU-Rates Charles Michel sprach von einem "historischen Moment" und einem "entscheidenden Schritt" auf dem Weg der Ukraine und Moldawiens in die EU. Auch der belgische Premierminister Alexander De Croo lobte die "symbolische Botschaft" der EU-Entscheidung, wies aber darauf hin, dass dies nicht bedeute, dass Kiew in absehbarer Zeit dem Block beitreten werde. Dies sei "ein langjähriger Prozess mit vielen Reformen, der sehr schwierig sein wird".

Der Prozess des EU-Beitritts besteht aus 35 Kapiteln und kann jederzeit ausgesetzt oder rückgängig gemacht werden. EuroNews beschrieb ihn als "langwierig, komplex und oft quälend".

Zudem fordert die EU-Kommission von der Ukraine sieben wichtige Reformen bis Ende des Jahres, darunter die Umsetzung eines Gesetzes, das den übermäßigen Einfluss von Oligarchen auf die Wirtschaft eindämmen soll, sowie den "Schutz nationaler Minderheiten" – womit vermutlich Russischsprachige und ethnische Ungarn gemeint sind.

Mit ihrem Beitritt gesellen sich die Ukraine und Moldawien zu Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und der Türkei im Wartezimmer der EU. Ankara ist bereits seit 1999 ein Kandidat. Der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien wurde unterdessen lediglich eine "EU-Perspektive" eingeräumt, wobei die Kandidatur von weiteren politischen Reformen abhängt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b58d39b480cc55ab4f55cb.jpg>

**abends:**

18:18 de.rt.com: **Irland: Für den Herbst drohen Treibstoff-Rationierungen**

In Irland könnten im Herbst nach Aussagen seiner EU-Kommissarin McGuinness Benzin-Rationierungen Realität werden. Zuletzt war dies während der Ölkrise in den 1970er Jahren der Fall. Die EU-Kommissarin erwartet zudem in der nächsten Zeit anhaltend hohe Kraftstoff-Preise.

Die irische EU-Kommissarin Mairead McGuinness hat davor gewarnt, dass Irland in den kommenden Monaten angesichts des anhaltenden Konflikts in Osteuropa mit großen energiewirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sein könnte. In einem Interview mit der Tageszeitung Irish Mirror am Mittwoch sagte McGuinness:

"Wir versuchen sicherzustellen, dass wir auf die erhöhten Risiken im Energiebereich im Herbst und Winter vorbereitet sind."

Demnach könnten laut McGuinness im Herbst "Rationierungen" von Kraftstoff an irischen Tankstellen Realität werden. Das letzte Mal, dass Irland eine Rationierung von Benzin und Diesel eingeführt hatte, war während der Ölkrise in den 1970er Jahren. Damals sorgte die Maßnahme für Chaos an den Zapfsäulen. Die Europäische Union (EU) sah sich in den letzten Monaten mit einer Energiekrise konfrontiert, weil die Mitgliedsländer Schritte ergriffen, um die russischen Energielieferungen zu reduzieren, nachdem Moskau eine Militäroperation in der Ukraine gestartet hatte.

Einige EU-Vertreter haben dem Kreml vorgeworfen, die Energieressourcen als politische Waffe einzusetzen. Sie sagten, der Ukraine-Konflikt habe die Preise für Benzin und Diesel in die Höhe getrieben, die Inflation angeheizt und die Lebenshaltungskosten in die Höhe schnellen lassen. Moskau wies die Vorwürfe jedoch zurück und erklärte, die derzeitige Krise sei das Ergebnis systematischer Fehler in der Wirtschaftspolitik der europäischen Staats- und Regierungschefs.

McGuinness warnte, wenn der Preisdruck bei Kraftstoffen in den kommenden Monaten anhalte, was sehr wahrscheinlich sei, könnten Rationierungen zum Alltag werden. Sie fügte hinzu, dass die EU an weiteren Entlastungsmaßnahmen für die Haushalte arbeite, falls die Preise weiter steigen.

Irland habe Notfallpläne für den Fall parat, dass es in den kommenden Monaten zu Problemen bei der Versorgung mit Brennstoffen kommen sollte, erklärte der stellvertretende Premierminister Leo Varadkar als Reaktion auf die Warnung. Gleichzeitig äußerte er aber die Hoffnung, dass man die Pläne letztlich nicht umsetzen müsse.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b58a1048fbef02517187c2.jpg>

*Irische Polizei auf Pferden patrouilliert an einer Tankstelle in Tullamore am 17. April 2004 vor dem Tullamore Court Hotel, in dem damals ein informelles Treffen der EU-Außenminister stattfand.*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 24.06.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 130 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“, BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Idurch Beschuss **starben 2 Zivilisten und 3, darunter ein Kind, geb. 2009, wurden verletzt**. 4 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Haubitze M-777 und ein Lastwagen. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Kamyschewka wurden beseitigt.

**Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 7 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:40 de.rt.com: **"Prorussische" Politiker entrussifizieren Charkow**

Vermeintlich "prorussische" Kommunalpolitiker forcieren die Entrussifizierung der mehrheitlich russischsprachigen Millionenstadt im Osten der Ukraine.

Die Abteilung für russische Sprache und Literatur an der Nationalen Karamsin-Universität Charkow wurde in dieser Woche aufgelöst. Auf deren Grundlage wird der Fachbereich Slawische Philologie mit dem Schwerpunkt polnische Sprache eingerichtet.

Das Russische Puschkin-Theater der Stadt wird in "Akademisches Dramatheater Charkow" umbenannt. Das Wort "Russisch" und der Name des Dichters Alexander Puschkin werden aus der Bezeichnung des Theaters gestrichen.

Interessant dabei ist, dass diese Entscheidungen durch eine Kommunalpolitikerin initiiert wurden, die bis zuletzt als "prorussisch" gegolten hatte: Walerija Murajewa war einst Mitglied der inzwischen verbotenen größten Oppositionspartei "Oppositionsplattform – Für das Leben" gewesen und leitete später die Charkower Organisation der vor Kurzem ebenfalls verbotenen Partei "Naschi". Beide Parteien gelten in der Ukraine als prorussisch. In Wirklichkeit hat jedoch keine von ihnen auch nur versucht, die russischen Wurzeln Charkows zu verteidigen.

Als "Derussifizierung" (oder auch "Entrussifizierung") wird in der Ukraine die Tilgung russischer Kultur und Sprache aus dem öffentlichen Leben bezeichnet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b5c932b480cc2cd20b3f55.jpg>

*Der Kulturkampf in Charkow läuft seit 2014: Im Bild das 2016 demontierte Denkmal des Siegesmarschalls Georgi Schukow*

19:00 de.rt.com: **EU-Länder beschließen neun Milliarden Euro Hilfe für die Ukraine**

Die Europäische Union hat beschlossen, der Ukraine neun Milliarden Euro Hilfe zu leisten. Dies gab der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki am Freitag bei einem Briefing nach dem EU-Gipfel bekannt. Dabei betonte der Politiker, dass die Ukraine diese Mittel dringend brauche. Wörtlich hieß es:

"Wir haben neun Milliarden Euro für die Ukraine bewilligt."

Weiter wies Morawiecki darauf hin, dass die Ukraine nicht einmal über die Mittel verfüge, um Krankenschwestern, Lehrer, Polizisten und Grenzschutzbeamte zu bezahlen:

"Diese Menschen müssen von etwas leben."

20:07 (19:07) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Neuer Leiter der Verwaltung von Sewerodonezk ernannt – Bessonow**

Offiziell werde die Befreiung von Sewerodonezk später bekannt gegeben, aber es werde bereits eine Übergangsverwaltung der Stadt gebildet, sagte der erste stellvertretende Informationsminister der DVR, Daniil Bessonow.

Der aus Sewerodonezk stammende Vertreter der Miliz des Donbass, Mark Worschew, sei von der Führung der LVR zum neuen Stadtoberhaupt ernannt worden, teilte Bessonow mit, berichtet RT.

„Er trat der Miliz bei, als er noch minderjährig war: Er meldete den Verlust seines Passes und fügte seinem Lebensalter ein paar Jahre hinzu“, sagte der Vertreter des Informationsministeriums der DVR über den neuen Bürgermeister.

Worschew kehrte acht Jahre später in seine Heimatstadt zurück, fügte Bessonow hinzu.



[https://novorosinform.org/content/images/75/51/47551\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/75/51/47551_720x405.jpg)